

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Claus Schönebeck, Paul Velsing

Globalisierung und regionale
Beschäftigungsentwicklung: Empirische Befunde
für die Bundesrepublik 1985 - 1995

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-Heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Globalisierung und regionale Beschäftigungsentwicklung: Empirische Befunde für die Bundesrepublik 1985-1995

Claus Schönebeck und Paul Velsing, Dortmund*

Untersucht wird der quantitative und qualitative Strukturwandel der Beschäftigung im Zeitraum 1985 bis 1995. Im ersten Teil werden Sektorstrukturen analysiert, im zweiten Teil Berufs- und Ausbildungsstrukturen. Untersuchungsregionen sind die alten Bundesländer bzw. die von der ehemaligen Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumforschung (BfLR) abgegrenzten siedlungsstrukturellen Regionstypen.

Es wird postuliert, daß sich die Globalisierung auf die regionalen Strukturwandelprozesse beschleunigt auswirkt. Diese These wird im Verlauf der Untersuchung mehrfach überprüft. Die Ergebnisse sind uneinheitlich: Auf der Ebene der Regionstypen sind dynamische Strukturwandelprozesse zu beobachten. Verlierer ist der Regionstyp „mit großen Verdichtungsräumen“: Der Disurbanisationsprozeß hat sich in den 90er Jahren weiter verstärkt. Die „großen Verdichtungsräume“ verlieren Beschäftigungsanteile auch in solchen Bereichen, die als „höherwertig“ bezeichnet werden. Auf der Ebene der Bundesländer zeigt sich ein anderes Zeitverhalten. Die Sektorstrukturen der Teilräume gleichen sich kontinuierlich an. Eine besondere Dynamik ist nicht festzustellen.

Gliederung

- 1 Einleitung
 - 2 Die Bundesrepublik im Wettbewerb um Arbeitsplätze
 - 3 Beschäftigungsentwicklung in den Bundesländern 1985-90 und 1990-95
 - Beschäftigungsentwicklung im Zeitreihenvergleich
 - 4 Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg
 - Strukturuntersuchungen
 - 5 Konvergenz- und Divergenztendenzen in der Bundesrepublik
 - 5.1 Problemstellung
 - 5.2 Ergebnisse für die Bundesländer
 - 6 Beschäftigungsentwicklung nach Berufsbereichen und Berufsausbildungen
 - 6.1 Problemstellung
 - 6.2 Ergebnisse für die Bundesrepublik
 - 6.3 Ergebnisse für Regionstypen
 - 6.3.1 Regionen mit großen Verdichtungsansätzen
 - 6.3.2 Regionen mit Verdichtungsansätzen
 - 6.3.3 Ländlich geprägte Regionen
 - 7 Resümee
- Literatur
- Anhang
Sektorgliederung (BfLR-Systematik)

1 Einleitung

Das Thema Globalisierung bestimmt derzeit wie kein anderes die aktuelle Diskussion gesellschaftspolitischer und öko-

nomischer Probleme. Dennoch ist das Thema nicht neu: Erste Tendenzen waren schon Ende der sechziger Jahre zu erkennen (Hübner 1996). In der damaligen Zeit handelte es sich jedoch um eine Randerscheinung. Zu einem ersten Globalisierungsschub kam es in den 80er Jahren (Härtel/Jungnickel/1996). Von einer ausgeprägten Internationalisierung der Weltwirtschaft kann erst in den 90er Jahren gesprochen werden. Die Dynamik dieses Prozesses korrespondiert mit der Intensität der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. Während die Thematik in den 80er Jahren nur in Fachkreisen diskutiert wurde, waren in der ersten Hälfte der 90er Jahre Talkrunden, Berichte und Kommentare zur Globalisierung – für die interessierte Öffentlichkeit – Medienereignisse.

Angesichts steigender Arbeitslosigkeit in vielen Industrieländern, einer hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte und überfälligen Sozialstaatsreformen erscheint den politischen Eliten die Globalisierung als „Quelle der Hoffnung“ für ein neues Wirtschaftswachstum. Dagegen sind Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit mit atemberaubender Geschwindigkeit von der politischen Tagesordnung verschwunden, stellt der ehemalige Greenpeace-Manager Thilo Bode resigniert fest (Der Spiegel 1996).

Die Globalisierung ist ebenso wie die Nachhaltigkeit ein schillernder Begriff. Doch im Unterschied zur Nachhaltigkeit, die in der Realität in der Regel nur in hochsubventionierten Modellprojekten vorkommt, schreitet die Globalisierung rasant voran (vgl. UNCTAD-Jahresbericht 1997): Sowohl die Umsätze im Welthandel bzw. auf den internationalen Kapitalmärkten als auch die Volumina der ausländischen Direktinvestitionen haben sprunghaft zugenommen. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- zum einen eine Reihe von politischen Vereinbarungen zugunsten eines liberalisierten Welthandels, für deregulierte Finanz- und Kapitalmärkte und zur Beseitigung tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Das von der OECD (1998) in den letzten Jahren vorbereitete (inzwischen gescheiterte) Investitionsschutzabkommen MAI (Multilateral Agreement of Investment) verfolgte den Zweck, diese Entwicklung dynamisch fortzusetzen (vgl. NGO Press Release 1998); - zum anderen haben sich die technischen Vorausset-

* Dr. rer. pol. Claus Schönebeck ist wissenschaftlicher Angestellter am Fachgebiet Volkswirtschaftslehre, insbesondere Raumwirtschaftspolitik, an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund, Prof. Dr. rer. pol. Paul Velsing ist Leiter dieses Fachgebiets. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

zungen für einen weltweiten Handel dramatisch verbessert: Die Erfolge in den Bereichen Kommunikations- und Transporttechnologien haben die Raumüberwindungskosten reduziert. Ein Teil des heutigen, nationale und kontinentale Grenzen überschreitenden Handels ist erst durch die technische Entwicklung möglich geworden.

Über die Auswirkungen einer als „durchkapitalisiert“ bezeichneten Weltwirtschaft (Krätke 1997: 202) auf die gesellschaftliche (Wohlstands-)Entwicklung gehen die Auffassungen auseinander. Auf der Seite der neoliberalen Wirtschaftstheoretiker herrscht Euphorie: Sogar über ein „Ende der Geschichte“ und ein „Ende der Ideologien“ (Fukuyama) wird philosophiert. Im amerikanischen Außenministerium wird angesichts des anhaltend preisinflationsfreien Wachstums darüber spekuliert, „ob das Zeitalter der Konjunkturzyklen womöglich vorüber sei“ (Schweli 1997). „Einige US-Ökonomen [wollen] jetzt ihre Disziplin neu erfinden. Sie behaupten, neue Technologie und freie Globalmärkte brächten den Landsleuten ewiges Wachstum“ (Heuser 1998). Es werden Tendenzen ökonomischer, sozialer und in der Folge räumlicher Konvergenzen beschrieben. Solche Phantasien haben zuletzt durch die Finanzkrise in Asien einen Dämpfer erhalten. Mittlerweile fordern selbst Wirtschaftsliberale wie Dahrendorf oder Großspekulant wie Soros „die Rückkehr des Staates“. Über die Gründung einer Weltkartellbehörde oder ebenso diskutiert wie über eine globale Kreditagentur oder internationale Spekulationssteuern.

Die Kritiker der neoklassischen Position betonen, daß jede Form von Kapitalismus (und erst recht als Kapitalismus pur) Gewinner und Verlierer hervorbringt. Es wird angenommen, daß sich die sozialen räumlichen Disparitäten nicht abbauen, sondern verschärfen. Vor allem für Staaten, die nicht zur OECD gehören, werden schlechte Prognosen gestellt: Von ihnen wird angenommen, daß sie die Verlierer des räumlichen Strukturwandels sein werden. Doch auch die OECD-Staaten stehen vor Herausforderungen. Sofern die These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ zutrifft, werden solche Länder, die nicht rechtzeitig Strukturreformen eingeleitet haben, vorrangig betroffen sein: In diesen Ländern droht eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit mit allen negativen Folgen für das gesellschaftliche Leben. Befürchtet werden „soziale Bruchstellen“ mit destabilisierenden Auswirkungen – wie jüngst in Indonesien und ansatzweise auch in Frankreich (Arbeitslosenproteste) zu beobachten war – auf die politischen Systeme.

Ähnlich ausgeprägt sind die Pro-Contra-Positionen auf regionaler und lokaler Ebene. Nach Schmid (1996, 230) lassen sich zwei regionalökonomische Positionen unterscheiden:

– zum einen die „globalistische“ oder „universalistische“ Position. Sie basiert auf der Vorstellung eines footloose capitalism, „der von hypermobilen und nomadisierenden transnationalen Konzernen dominiert [wird]. Diese agieren weitgehend unabhängig von konkreten lokalen Bedingungen“ (Schmid 1996: 232). Die Beliebigkeit bei der Standortwahl nimmt zu, je mehr die Vision eines universellen Weltorfes zur Realität wird. „Wäre dem so, gäbe es [kaum eine] raumzeitliche Bindung der Kapitale, mithin keine Standorte, und auch keine sinnvolle Standortdebatte mehr“ (Krätke 1997: 217). Dies würde die bisher benachteiligten Länder und Räu-

me (z. B. ländlich-periphere Regionen) begünstigen. Es käme zu Aufholprozessen und damit u. a. zum Abbau – zumindest jedoch zur Verringerung – von Arbeitsmarktdisparitäten (Konvergenz);

– zum anderen die „lokalistische“, „regionalistische“ oder „partikularistische“ Position. Sie stellt „spezifische industrielle Organisationsformen [und Entwicklungen] auf regionaler Ebene“ in den Mittelpunkt (Schmid 1996: 232). Im Unterschied zur globalistischen Position wird die Region nicht als passiver Standort, sondern als aktives Milieu beschrieben. „Die Bedeutung der Region mit ihren endogenen Potentialen und Interaktionsformen [habe] nicht ab-, sondern zugenommen“ (Läpple 1996: 197). Als Grund hebt Kock (1997: 610) die Ausdifferenzierung der Arbeitsteilung hervor: „Sie verschärft das Problem ungleicher Entwicklung der Regionen, denn es wird nur das jeweils vorhandene Potential genutzt.“ Es sei damit zu rechnen, daß die regionalen Disparitäten zunehmen (Polarisation).

Das Ziel dieser Arbeit ist, die Auswirkungen der Globalisierung auf die nationale und regionale Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik zu untersuchen¹. Als Datengrundlage werden Teilbereiche der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit ausgewertet (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte). Der Untersuchungszeitraum umfaßt 10 Jahre (1985-95)². Die vorliegende Arbeit gliedert sich in zwei Teile: In Teil 1 (Abschnitte 2-5) werden die quantitativen Aspekte der nationalen/regionalen Beschäftigungsentwicklung untersucht. Als Analyseregionen sind die Bundesländer definiert. Mit 1985-90 und 1990-95 werden zwei Fünf-Jahreszeiträume abgegrenzt. Zur Beschreibung von Beschäftigungsstrukturen werden 32 Sektoren unterschieden (vgl. Anlage 1). In Teil 2 (Abschnitt 6) geht es ausschließlich um qualitative Aspekte. Analyseregionen sind die von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) abgegrenzten siedlungsstrukturellen Regionstypen (Irmen/Görmär 1991). Es werden drei Zeiträume unterschieden (1985-88, 1988-92 und 1992-95). Strukturell wird nach Berufsbereichen (Tätigkeiten) und Berufsausbildungen (Qualifikationen) unterschieden.

Zu den einzelnen Abschnitten: Zunächst werden Auswirkungen der Globalisierung auf das Arbeitsplatzangebot im Gesamttraum dargestellt (Abschnitt 2). Es folgt eine empirische Bestandsaufnahme für die Bundesländer (Abschnitt 3). Die hohen Beschäftigungsverluste des Landes Baden-Württemberg in den 90er Jahren werden in Abschnitt 4 diskutiert. Die Darstellung von Analyseergebnissen zur Raumentwicklung (Konvergenz versus Divergenz) beschließt den ersten Teil (Abschnitt 5).

In Abschnitt 6 geht es um die Auswirkungen der Globalisierung auf die Qualität des Arbeitsplatzangebotes (Tätigkeits- und Qualifikationsstrukturen). Die Untersuchungen erfolgen auf nationaler und regionaler Ebene (Regionstypen). Im Resümee wird zur Globalismus/Lokalismus-Debatte Stellung genommen. Es werden Schlußfolgerungen für die regionale Strukturpolitik gezogen.

2 Die Bundesrepublik im Wettbewerb um Arbeitsplätze

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den alten Ländern der Bundesrepublik hat im letzten Jahrzehnt (1985-95) um knapp 1,9 Mio. Beschäftigte, d. h. um ca. 11,1 v.H., zugenommen. Der Höchststand wurde mit 23.536.900 Beschäftigten im Jahr 1992 erreicht: Im Vergleich zu 1985 standen 3,2 Mio. (15,6 v.H.) Arbeitsplätze mehr zur

¹ Sofern nicht anders mitgeteilt, bezieht sich der Begriff „Bundesrepublik“ ausschließlich auf die alten Bundesländer (West-Deutschland). Dasselbe gilt für alle regionalen Bezeichnungen wie Bundesländer, Raumordnungsregionen und Kreise.

² Wir danken Herrn Helmut Janich (BBR, Bonn/Bad Godesberg) für seine Unterstützung bei der Datenbeschaffung.

Verfügung. In den Folgejahren nahm die Beschäftigung kontinuierlich ab – am stärksten in der Periode 1992–93 (Stichtag 30.6.) um ca. 400.000 Arbeitsplätze. Insgesamt wurden in den drei Jahren zwischen 1992 und 1995 per Saldo 930.000 Arbeitsplätze abgebaut.

An dieser Entwicklung hat vor allem die deutsche Exportwirtschaft mit ihren Schlüsselbranchen Automobilbau (-148.280), Elektrotechnik (-210.343), Maschinenbau (-114.433) und chemische Industrie (-81.700) maßgeblichen Anteil. Der Verlustanteil beträgt in der Addition der vier Branchen 41 v.H. (-554.800/-1.342.000)³. Er liegt damit um ein Mehrfaches höher, als bei einem Beschäftigungsanteil von 14,2 v.H. im Durchschnitt der Jahre 1992-95 zu erwarten gewesen ist. Offenbar wird in Branchen, die stärker als andere im internationalen Wettbewerb stehen, konsequenter rationalisiert als in der übrigen Wirtschaft. Der Performancevergleich 1985-90 und 1990-95 zeigt, daß die jüngsten Arbeitsplatzverluste in den Exportindustrien nicht nur konjunkturelle Ursachen haben können. Sie vollziehen sich in einer Größenordnung, die bisher nur in den klassischen Problembranchen Energie/Bergbau, Eisen/Stahl, Schiffbau und Textil zu beobachten war.

"Branchenkrisen werden dort zu Krisen von Regionen bzw. Städten, wo ehemalige Schlüsselindustrien schrumpfen und den regional konzentriert entstandenen Kranz von Zuliefererindustrien mit sich in die Krise ziehen", heißt es bei Hamm/Schneider (1987: 170). Diese Aussage bezieht sich auf die Montanindustrien, deren verlorengegangene internationale Wettbewerbsfähigkeit sich nicht allein im Abbau von Arbeitsplätzen dokumentiert, sondern an erster Stelle in mangelhaften Erträgen. Darin unterscheidet sich die Situation: Die oben genannten Exportindustrien zählen zwar nicht zum High-Tech-Bereich – sie zählen dennoch, u. a. wegen hoher F&E-Aufwendungen und des hohen Qualifikationsniveaus der Beschäftigten (Siebert 1996), zu den Zukunftsbranchen. Durch ihre Größe und Querschnittsfunktion bilden sie das Rückgrat der industriellen Entwicklung in Deutschland.

Die Gründe für den forcierten Arbeitsplatzabbau sind vielfältig: Zunehmend wird auf Defizite des Standortes Deutschland hingewiesen (u. a. zu hohe Lohn- und Energiekosten, überhöhte Steuer- und Abgabenbelastungen, eine überbordende Bürokratie, d. h. zu komplizierte Planungs- und Genehmigungsverfahren). Viele Unternehmen sehen sich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten bedroht. Auch um Währungsverluste auszugleichen, Marktzugänge zu sichern und neue Märkte zu erschließen, gehen Unternehmen dazu über, Produktionsstätten im Ausland aufzubauen. Unter den 12 größten industriellen Arbeitgebern in der Bundesrepublik haben mit Hoechst und Bayer schon zwei Unternehmen mehr Mitarbeiter im Ausland als im Inland (Daniels 1996). Und der Trend ist eindeutig: "Im Inland werden Arbeitsplätze abgebaut, im Ausland kommen neue hinzu", heißt es in der ZEIT. Die Entwicklung beim umsatzstärksten deutschen Industrieunternehmen Daimler-Benz bestätigt diese Aussage (Geschäftsbericht 1996): In Deutschland wurden Arbeitsplätze abgebaut (-1,4 v.H.), im Ausland nahm die Be-

schäftigung zu (3,8 v.H.). Die Mitarbeiterzahl von BMW nahm im Geschäftsjahr 1994-95 im Inland um 1,6 v.H. (ca. 1.020 Beschäftigte) zu, im Ausland um 11,5 v.H. (ca. 6.000 Beschäftigte).

Siebert (1996) beziffert die Direktinvestitionen, die in den letzten sechs Jahren ins Ausland gegangen sind, auf 211 Milliarden DM. Die Tendenz ist steigend. In die umgekehrte Richtung sind es Siebert zufolge nur 32 Milliarden – trotz erheblicher Kapitalsubventionen in den neuen Bundesländern. Der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen an der Gesamtheit der in Deutschland getätigten Anlageinvestitionen lag 1995 mit 1,7 v.H. weit unter dem europäischen Niveau. In Frankreich kamen 4,5 v.H., in den Niederlanden 11,4 v.H., in Großbritannien 15,2 v.H. und in Schweden 29 v.H. der Investitionen aus dem Ausland. Traditionen und Bindungen von Unternehmen an den alten Standort spielen immer weniger eine Rolle. Der Siemens-Konzern zum Beispiel, den sein Vorstandsvorsitzender von Pierer (1996) als "voll kompetitiven global player" bezeichnet, verkauft und produziert wie selbstverständlich in der ganzen Welt. Von Pierer kündigt an „das Deutschland-Geschäft am Weltgeschäft des Konzerns innerhalb der nächsten Jahre ... von heute 40 v.H. auf deutlich unter 30 v.H. zu verringern“ (Der Spiegel 1997).

Weitere Belastungen für die Arbeitsmärkte ergeben sich aus dem Bemühen der Unternehmen, ihre in den Hochlohnländern angesiedelten Produktionen nach den Prinzipien der Lean Production extrem kostensparend zu organisieren, d. h., wo immer möglich, den Produktionsfaktor Arbeit durch den Produktionsfaktor Kapital zu substituieren.

Die Arbeitsplatzvernichtung bei steigenden Gewinnen und Erträgen kommentiert der Spiegel (1995) wie folgt: "Die Konjunktur hat sich ... gespalten: Plus bei den Profiten, Minus bei den Jobs, und eine Trendumkehr ist nicht in Sicht.“ Der unter dem Stichwort "Globalisierung der Märkte" verschärfte internationale Wettbewerb um Lohn und Arbeit hat u. a. in der Bundesrepublik zu einem "Wachstum ohne Arbeitsplätze" geführt. „Der früher gegebene Zusammenhang zwischen Umsatzwachstum, Rentabilität, Investition und Nachfrage nach Arbeitskräften ist für weite Bereiche der deutschen Wirtschaft nicht mehr wirksam“, heißt es in einer vom Handelsblatt in Auftrag gegebenen PROGNOSE-Studie (1996).

Selbstverständlich ist nicht nur die Bundesrepublik betroffen. Der Trend zum „jobless growth“ zeigt sich weltweit (Afheldt 1994: 61). Sollte es zutreffen, daß in Zukunft nicht mehr zwei Drittel, sondern ein Fünftel der arbeitsfähigen Weltbevölkerung ausreichen, die gesamte Weltwaren- und Dienstleistungsproduktion zu erstellen, besteht wenig Aussicht auf Besserung (Martin/Schumann 1998)⁴. Dabei stehen die westlichen Wirtschaftssysteme vor besonderen Herausforderungen: Parallel zur Verknappung der Arbeit wird es zu einer Umverteilung kommen. Neueren Schätzungen zufolge wird davon ausgegangen, daß 85 v.H. der heute in den Industrieländern geleisteten Arbeiten, künftig an die Entwicklungsländer fallen. Maßgeblich ist vor allem das Lohnpreisgefälle zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern mit z. Zt. 85 Dollar bzw. 3 Dollar Tageslohn im Durchschnitt (Kennedy, 1996: 16, Jensen 1998: 4)⁵.

Auf der anderen Seite zeigen z. B. die USA, Großbritannien, die Niederlande und in jüngster Zeit Dänemark, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen mit dem Ziel, hohe Arbeitslosigkeit abzubauen, erfolgreich sein können. Während in der Bundesrepublik (einschließlich der neuen Länder) Ende Januar 1997 mit 4,6 Mio. registrierten Arbeitslosen ein histori-

³ Das Verhältnis zwischen abgebauten und neu hinzugekommenen Arbeitsplätzen beträgt, nach eigenen Berechnungen, ca. 3:1 (-1,342 Mio./0,41 Mio.).

⁴ Es handelt sich um die These von der 20:80-Gesellschaft: „Genügt ein Fünftel der Bevölkerung, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten?“, lautet bei Martin und Schumann (1998) die zentrale Frage.

⁵ Kennedy bezieht sich auf einen Artikel die beiden Harvard-Professoren Jensen und Fagan im Wallstreet-Journal (29.März 1996).

scher Höchststand erreicht wurde, sank gleichzeitig die Arbeitslosenquote in Großbritannien mit 6,7 v.H. auf ein Rekordtief, d. h. auf den niedrigsten Stand seit Januar 1991 (Handelsblatt 16.1.1997). Von Weizsäcker (1997) erinnert daran, daß es erst 20 Jahre her ist, daß „Großbritannien, wie ein Bittsteller aus der dritten Welt, für Finanzhilfen Auflagen des IWF akzeptieren mußte“ und damit „den Tiefpunkt seiner Politik“ erreicht hatte. Die Arbeitslosenquote Dänemarks fiel in nur drei Jahren von 12,3 v.H. (1993) auf 7,7 v.H. (Dez. 1996). Die Tendenz ist weiter fallend – trotz einer anhaltend hohen Staatsquote sowie hohen Steuer- und Abgabenbelastungen (vgl. Zank, 1997)⁶.

Schaubild 1a: Beschäftigungsentwicklung 1985-90 nach Bundesländern

Rang	Name	Beschäftigte		Zu-/Abnahme	
		1985	1990	1985-90	in %
1	2	3	4	5	6
1	Bayern	3.727.400	4.153.900	534.737	11,4
2	Hessen	1.914.800	2.130.800	171.075	11,3
3	Baden-Württemberg	3.417.900	3.786.300	300.913	10,8
4	Niedersachsen	2.064.200	2.285.700	213.338	10,7
5	Schleswig-Holstein	709.700	780.100	86.184	9,9
6	Nordrhein-Westfalen	5.391.100	5.878.600	197.878	9,0
7	Berlin (West)	723.500	786.800	104.387	8,7
8	Rheinland-Pfalz	1.077.001	1.167.200	72.038	8,4
9	Bremen	281.200	302.300	-11.302	7,5
10	Hamburg	712.900	749.400	-12.635	5,1
11	Saarland	333.300	350.200	-7.898	5,1
Bundesrepublik		20.353.300	22.371.400	1.648.715	9,9

Schaubild 1b: Beschäftigungsentwicklung 1990-95 nach Bundesländern

Rang	Name	Beschäftigte		Zu-/Abnahme	
		1990	1995	1990-95	in %
1	2	3	4	5	6
1	Berlin (West)	786.800	833.600	46.780	5,9
2	Schleswig-Holstein	780.100	819.600	39.515	5,1
3	Niedersachsen	2.285.700	2.397.100	111.410	4,9
4	Bayern	4.153.900	4.256.300	102.398	2,5
5	Rheinland-Pfalz	1.167.200	1.177.100	9.827	0,8
6	Hamburg	749.400	754.500	5.120	0,7
7	Hessen	2.130.800	2.140.700	9.919	0,5
8	Nordrhein-Westfalen	5.878.600	5.847.100	-31.500	-0,5
9	Saarland	350.200	346.800	-3.466	-1,0
10	Baden-Württemberg	3.786.300	3.738.600	-47.721	-1,3
11	Bremen	302.300	293.500	-8.820	-2,9
Bundesrepublik		22.371.400	22.604.900	233.462	1,0

⁶ Der Erfolg ist ... der „Kombination aus langfristig orientierter Stabilitätspolitik und zielgerichteter aktiver Arbeitsmarktpolitik“ zu verdanken. Die Stichworte lauten: Einkommenssteuerentlastung (Gegenfinanzierung durch Ökoabgaben auf Wasser und Strom), niedrige Lohnabschlüsse (ermöglicht durch hohe Geldwertstabilität) und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes: erstens durch großzügige Ausbildungs- und Umschulungsangebote (bei gleichzeitig verschärften Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose); zweitens durch Fortbildungsangebote für ganze Belegschaften innerhalb eines festgelegten Zeitraums (Beschaffung und Finanzierung von Ersatzarbeitskräften durch das Arbeitsamt), drittens tarifliche „Schonjob-Vereinbarungen“ für ältere Mitarbeiter. Außerdem wurden die Informationssysteme der Arbeitsämter verbessert. Ziel: bedarfsgerechte Qualifikationsangebote für Arbeitslose (vgl. Zank, 1997).

3 Die Beschäftigungsentwicklung in den Bundesländern 1985-90 und 1990-95

Es folgt eine empirische Bestandsaufnahme für die 11 Bundesländer. Es wird die Beschäftigungsentwicklung zwischen 1985 und 1995 untersucht. Der Untersuchungszeitraum besteht aus zwei Fünf-Jahreszeiträumen, um einen Zeitvergleich zu ermöglichen: Welchen Einfluß hatte die Wiedervereinigung auf die Entwicklung in den alten Bundesländern? Wie haben sich die durch die Globalisierung ausgelösten Strukturwandelprozesse regional ausgewirkt?

Die Situation in den Jahren 1990 bis 1995 stellt sich wie folgt dar: Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat in den alten Ländern um ca. 1 v.H., d. h. um knapp 230.000 Beschäftigte, zugenommen. Im Vergleich der Länder nimmt West-Berlin mit einem Beschäftigungszuwachs von 5,9 v.H. den ersten Rang ein (vgl. Schaubild 1b). Schleswig-Holstein und Niedersachsen folgen mit 5,1 v.H. bzw. 4,9 v.H. und erst auf dem vierten Rang folgt mit 2,5 v.H. Bayern, das zuvor in den 80er Jahren die größten Zuwächse hatte (vgl. Schaubild 1a). Mit Arbeitsplatzverlusten von 1,3 v.H. steht Baden-Württemberg an vorletzter Stelle. Baden-Württemberg hat im Vergleich der elf Bundesländer in nur fünf Jahren 7 Rangplätze eingebüßt!

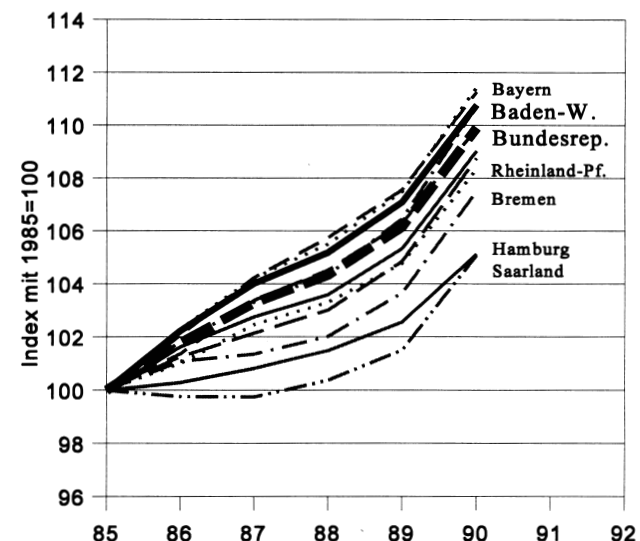
Beschäftigungsentwicklung im Zeitreihenvergleich

Das Ziel des folgenden Abschnittes besteht darin, ungewöhnliche Trendverläufe zu beschreiben und erste Hypothesen zu bilden. Letzteres wird für Baden-Württemberg im nachfolgenden Abschnitt 4 vertieft. Insbesondere wird auf die Bedeutung der dort ansässigen Konzerne eingegangen.

Es folgt zunächst ein Gesamtüberblick: Die im Schaubild 2a dargestellte Beschäftigungsentwicklung 1985-90 zeigt für die 11 Bundesländer stabile Entwicklungsverläufe (mit 1985=100). Alle Länder haben vom günstigen Konjunkturverlauf in der zweiten Hälfte der 80er Jahre profitiert (Bundesrepublik: 9,9 v.H.). Die Rangliste wird von Bayern mit 11,4 v.H. angeführt. Es folgen Hessen und Baden-Württemberg. Die Schlußlichter sind Hamburg und das Saarland mit jeweils 5,1 v.H.

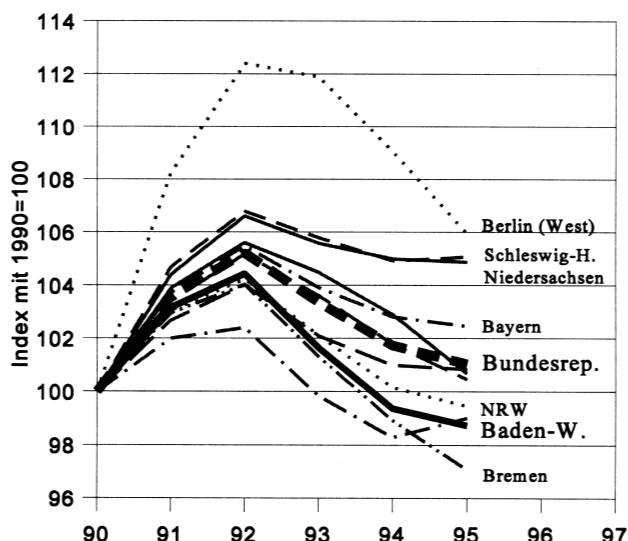
In den 90er Jahren hat sich das Bild gewandelt (vgl. Schaubild 2b). Als Folge der Wiedervereinigung ist es in der alten Bundesrepublik zu einer Sonderkonjunktur gekommen. Der

Schaubild 2a: Beschäftigungsentwicklung 1985-90



Abschwung beginnt 1992, d. h. zwei Jahre später als in vielen anderen europäischen Staaten. Zwei Ergebnisse (West-Berlin und Baden-Württemberg) fallen besonders auf: In West-Berlin hat die veränderte politische Lage zusammen mit der Hauptstadtentscheidung einen kurzfristigen Investitions- und Beschäftigungsboom ausgelöst. Das Beschäftigungsniveau erreicht 1992 den Höchststand. Nach einem weiteren Jahr der Konsolidierung bricht der Trend um: Die Verluste West-Berlins nach 1993 fallen deutlich höher aus als in den anderen Bundesländern. Diese Entwicklung zwischen Euphorie und Ernüchterung ist sicherlich Ausdruck der Einzigartigkeit des politischen, ökonomischen und sozialen Umbruchs speziell an diesem Ort. Es ist nicht zu übersehen, daß statistische Analysen in einer solchen Ausnahmesituation nur begrenzt zum Verständnis beitragen können.

Schaubild 2b: Beschäftigungsentwicklung 1990-95

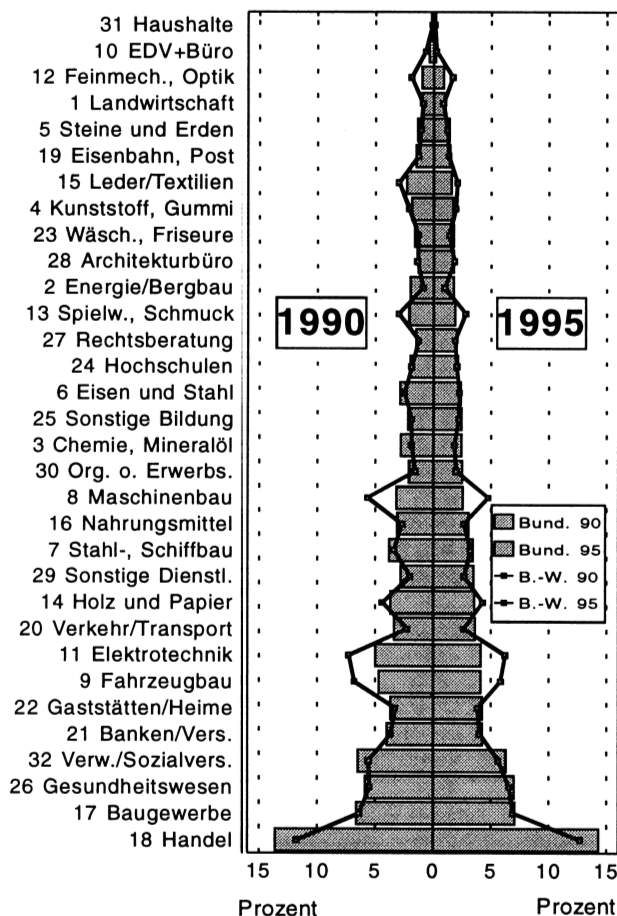


Ganz anders stellt sich die Situation in Baden-Württemberg dar. Für die auffällige Negativentwicklung in den 90er Jahren gibt es nachvollziehbare Gründe. Baden-Württemberg galt in den 80er Jahren – wie auch Bayern – als eine typische Wachstumsregion. Beide Länder zusammen bildeten den erfolgreichen „Süden“. Baden-Württemberg erzielte im Ländervergleich 1985-90, nach Bayern und Hessen, das drittbeste Ergebnis (vgl. die Schaubilder 1a/2a). Wie zuvor in Berlin-West hat auch hier sich der Trend gedreht. Zwischen 1990-95 wurden 48.000 Arbeitsplätze (- 1,3 v.H.) abgebaut. Mit diesem Ergebnis belegt Baden-Württemberg nur noch den zehnten Rang. Eine Verschlechterung um sieben Rangpositionen fällt völlig aus dem üblichen Rahmen.

4 Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg hatte seine positive Entwicklung in den 80er Jahren zu einem großen Teil seiner Spezialisierung auf sogenannte Wachstumsindustrien, insbesondere in den Bereichen Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Maschinenbau und EDV- und Büroanlagen, zu verdanken. Dazu gehören so bekannte Namen wie Daimler-Benz, Bosch, Porsche, ABB Asea-Brown Boveri, IBM, Hewlett-Packard, ZF Friedrichshafen und SAP. Sechs von diesen acht haben ihren Stammsitz in Stuttgart. Den Grad der Spezialisierung verdeutlicht Schaubild 3. Grundlage ist ein Vergleich der Wirtschaftsstrukturen zwischen Baden-Württemberg (Liniengrafik) und der Bundesrepublik (Balkendiagramm), d. h. der in Prozent darge-

Schaubild 3: Sektorstrukturen 1990 und 1995: Baden-Württemberg im Vergleich zur Bundesrepublik (Beschäftigtenanteile in Prozent)



stellten sektoralen Beschäftigungsanteile. Auf der linken Seite der vertikalen Null-Prozent-Achse werden die Verhältnisse für 1990 beschrieben, auf der rechten Seite für 1995. Der Sektor Haushalte als kleinster der 32 Sektoren begrenzt die Pyramide nach oben, der Sektor Handel nach unten (zu den Definitionen vgl. Anlage 1). Es wurden die für die Bundesrepublik im Jahr 1995 berechneten Anteilswerte zugrunde gelegt (Balkendiagramm, rechte Seite). Die Abweichungen zwischen der Liniengrafik und dem Balkendiagramm verdeutlichen Art und Maß der sektoralen Spezialisierung in Baden-Württemberg. Sie zeigen sich insbesondere im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und im Fahrzeugbau. (Die Spezialisierung im Sektor EDV+Büro ist in dieser Darstellung nicht zu erkennen.)

Im folgenden wird die Entwicklungsdynamik der genannten Sektoren vor und nach 1990 betrachtet. Anschließend geht es um die Frage, ob und inwieweit Zusammenhänge zwischen einzelnen Branchenentwicklungen (als Ursache) und der Entwicklung des Bundeslandes (als Wirkung) bestehen.

Die Schaubilder 4a/b zeigen die Entwicklungsverläufe in den zuvor genannten Sektoren in Fünfjahresabschnitten. Die Entwicklung in der Bundesrepublik dient als Referenz (fett gestrichelt). Im ersten Zeitabschnitt 1985 bis 1990 zeigt sich ein starkes Wachstum. Alle vier Branchen – Maschinenbau (13,6 v.H.), Elektrotechnik (12,5 v.H.), Fahrzeugbau (11,8 v.H.) und bis 1989 auch EDV+Büro – verzeichneten überdurchschnittliche Beschäftigungszuwächse (Bundesrepublik: 9,9 v.H.). In der nach Wachstumsquoten geordneten Liste aller 32 Sekto-

ren folgen der Maschinenbau, die Elektrotechnik und der Fahrzeugbau auf den Rängen 12, 13 und 14 in direkter Reihenfolge. Ihre Entwicklung unterscheidet sich kaum.

Daran hat sich im zweiten Fünfjahresabschnitt 1990-95 wenig geändert (Ausnahme: EDV+Büro). Schaubild 4b zeigt parallele Entwicklungsverläufe – allerdings auf niedrigerem Niveau. Es werden die Ränge 25, 28 und 29 belegt. Die Arbeitsplatzverluste betragen zwischen 12 v.H. (Fahrzeugbau) und 18 v.H. (Maschinenbau). Im Sektor EDV+Büro wurden mit 43 v.H. deutlich mehr Arbeitsplätze abgebaut. Mit diesem Ergebnis steht der Sektor EDV+Büro unter den 32 Sektoren an letzter Stelle. Das Schaubild 4b enthält zusätzliche Angaben für Mercedes-Benz und IBM Deutschland. Das Ergebnis zeigt deutliche Übereinstimmungen zwischen der Mitarbeiterentwicklung in diesen Konzernen und der Branchenentwicklung in diesen Konzernen und der Branchenentwicklung.

Schaubild 4a: Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik 1985-90 in ausgewählten Sektoren

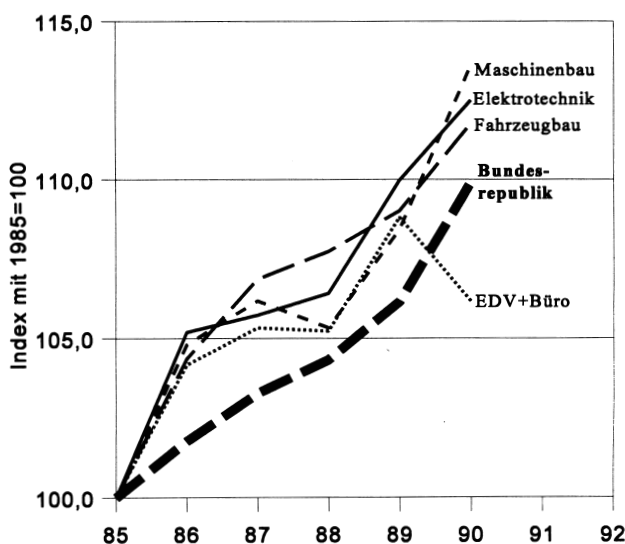
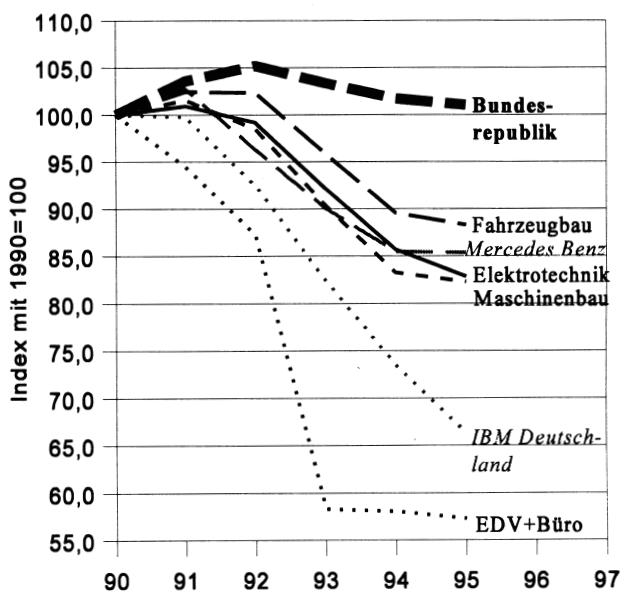


Schaubild 4b: Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik 1990-95 in ausgewählten Sektoren/Unternehmen



wicklung. Gleichlautend heißt es überall in den Medien zur Wirtschaftsentwicklung in den 90er Jahren: „Viele deutsche Unternehmen sind heute weit stärker als vor vier Jahren. Die deutsche Wirtschaft hat sich dem globalen Wettbewerb gestellt und ihn bestanden. ... Am Erfolgsweg blieben Hunderttausende von Arbeitslosen zurück. Das ist das Dilemma“ (Zank 1997).

Karte 1 gibt einen Überblick über die Beschäftigungsentwicklung in den Kreisen zwischen 1990 und 1995. Zur besseren Orientierung enthält die Karte die Grenzen der Bundesländer und der Raumordnungsregionen. (Die neuen Bundesländer sind kein Untersuchungsgebiet.) Es wurden vier nahezu gleich häufig besetzte Klassen abgegrenzt: Die Farbabstufung zeigt an, ob es zu Anteilsgewinnen (hell) oder Anteilsverlusten (dunkel) gekommen ist. Große Problemgebiete, d. h. flächendeckend mehrere kreisfreie Städte und Landkreise zusammen, sind folgende: (a) das mittlere/östliche Ruhrgebiet und Wuppertal/Hagen, (b) das südliche Saarland und Teile der Westpfalz und (c) die südliche Stadtregion Stuttgart zusammen mit Teilen der Raumordnungsregionen Ost-Württemberg, Neckar-Alb und Schwarzwald-Baar-Heuberg.

Wie aber kann es sein, daß in den 90er Jahren die zentralen High-Tech-Regionen Baden-Württembergs in derselben Klasse zu finden sind wie die beiden altindustriellen Problemregionen an Ruhr und Saar? Die Gründe liegen sicherlich nicht, wie Läßle meint, in der „weltweiten Rezession“. Es trifft zu, daß der Konjunktumschwung in der Bundesrepublik (alte Länder) zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 7,2 v.H. (1990) auf 10,6 v.H. (Januar 1997) geführt hat. Warum es diesmal „die bisher erfolgsverwöhnten süddeutschen Regionen“ getroffen hat, wird von Läßle (1996: 193) nicht problematisiert. Im folgenden wird die sogenannte „Branchenmix-These“ als Erklärungsansatz untersucht.

Strukturuntersuchungen

Den Ausgangspunkt bildet die Beobachtung, daß die Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs in besonderer Weise spezialisiert ist. Besonders im Fahrzeugbau, in der Elektrotechnik, im Maschinenbau und im Sektor EDV+Büro ist es in den 90er Jahren zu massiven Arbeitsplatzverlusten gekommen (s. o.). Es liegt deshalb nahe, negative wirtschaftsstrukturelle Einflüsse als Hauptursache für die hohen Beschäftigungsverluste zu vermuten. Die Branchenmix-These zur Erklärung regionaler Wachstumsunterschiede heranzuziehen, hat Tradition. Dongs et al. (1988: 92) weisen u. a. auf den „engen Zusammenhang zwischen Regional- und Branchenstrukturproblemen“ hin. Ähnlich argumentiert Köppel (1983: 213), der „die Wachstumsspielräume der Regionen ... durch die sektorale Struktur und die spezifischen Standortgegebenheiten determiniert“ sieht (vgl. Schönebeck 1996: 20 ff.). Sofern die Regionen groß genug sind, d. h. stabiles Trendverhalten angenommen werden kann, lassen sich mit Hilfe der Branchenmix-These aussagekräftige Strukturanalysen durchführen. Mit den hier als Regionen definierten Bundesländern wird die erforderliche „kritische“ Größe erreicht.

Die Grundannahme der Branchenmix-These lautet: Die regionale Wirtschaftsstruktur stellt für die Gesamtentwicklung eine Art „positiver oder negativer Vorbelastung“ dar (Klemmer 1973: 120). Wie stark die Vorbelastung im Einzelfall ausfällt, läßt sich mit Hilfe des Drei-Komponenten-Ansatzes der Shift-Analyse feststellen. Das Verfahren ist geeignet, regionale Wachstumsprozesse auf einzelne Bestimmungsgründe zurückzuführen:

Karte 1: Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik 1990-95 nach Kreisen

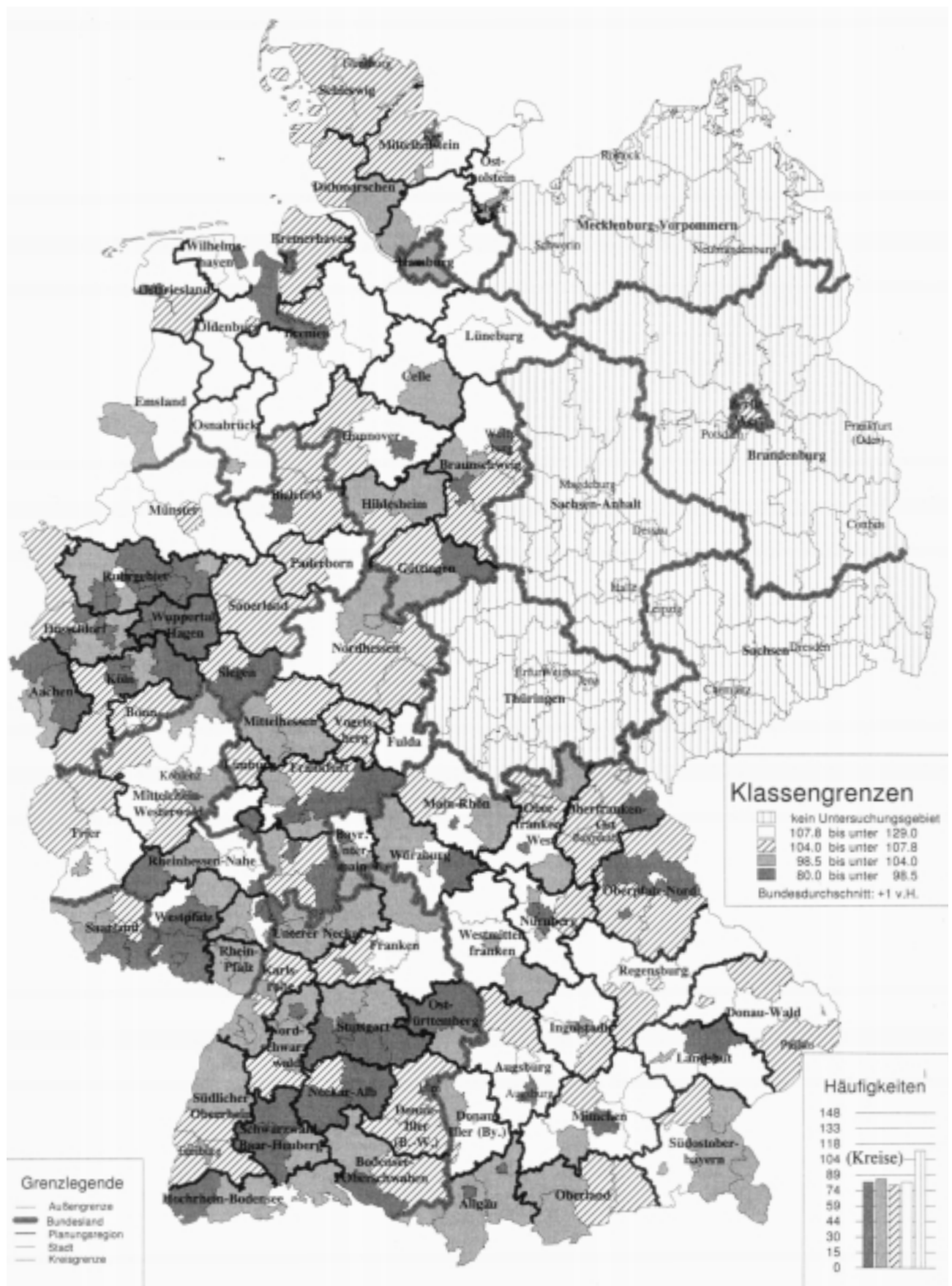


Schaubild 5: Shift-Analyse 1990-95: Bestimmungsgründe der Regionalentwicklung

Rang	Name	Zu-/Abnahme 1990-95		National-	Shift-Analyse Struktur- ...komponente	Standort-	Verhältnis Struktur-/ Standortkom.
		1990-95	in %				
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Baden-Württemberg	-47.721	-1,3	41.406	-77.810	-11.317	7:1
2	Rheinland-Pfalz	9.827	0,8	12.550	-3.348	624	5,5:1
3	Berlin (West)	46.780	5,9	6.335	29.655	10.790	2,5:1
4	Schleswig-Holstein	39.515	5,1	7.592	18.033	13.889	1,5:1
5	Hamburg	5.120	0,7	7.610	35.139	-37.628	1:1
6	Hessen	9.919	0,5	22.094	22.759	-34.934	1:1,5
7	Saarland	-3.466	-1,0	4.018	-2.782	-4.701	1:1,5
8	Nordrhein-Westfalen	-31.500	-0,5	63.669	-29.214	-65.955	1:2,5
9	Bremen	-8.820	-2,9	3.343	6.648	-18.811	1:3
10	Niedersachsen	111.410	4,9	22.272	13.343	75.795	1:5,5
11	Bayern	102.398	2,5	42.574	-12.423	72.248	1:6
Bundesrepublik		233.462	1,0	absolut:	251.154	346.692	1:1,4

1. Die Berechnung der Konjunkturkomponente („national growth“) basiert auf der Fiktion, es wäre zu einer Wachstumsübertragung vom übergeordneten Gesamttraum auf die Region (hier: Bundesland) gekommen.

2. Die (Netto-)Strukturkomponente („industrial mix“) beschreibt, wie die regionale Beschäftigungsentwicklung verlaufen wäre, wenn es außer der regionalen Wirtschaftsstruktur keine anderen Bestimmungsgründe gegeben hätte.

3. Die Standortkomponente („competitive effect“) wird als Restgröße berechnet. Nicht allein regionale Standortqualitätsunterschiede (wie es wünschenswert wäre) wirken sich aus, sondern genauso persönliche Entscheidungen oder betriebsbezogene Aspekte. In der Literatur wird häufig von einer „Mülleimerfunktion“ gesprochen⁷.

Die Ergebnisse für die elf Bundesländer im Zeitraum 1990-95 zeigt Schaubild 5. Den Ausgangspunkt bilden die in dieser Zeit festgestellten realen Arbeitsplatzveränderungen (Spalte 3). Die Werte der Konjunktur-, Struktur- und Standortkomponente sind in den Spalten 5 bis 7 zu finden. Ihre

Summe (Zeilenauswertung) ergibt definitionsgemäß den in Spalte 3 dargestellten Ausgangswert. Art und Maß der Raumdifferenzierung werden durch die Struktur- und Standorteinflüsse gemessen. Das in Spalte 8 dargestellte Verhältnis beschreibt, mit welchem Gewicht sich beide Einflüsse auf die regionale Beschäftigungsentwicklung ausgewirkt haben.

Der Ländervergleich im Schaubild 5 zeigt, daß das Gesamtergebnis in Baden-Württemberg – mehr als in jedem anderen Bundesland – strukturelle Ursachen hat. Das in Spalte 8 berechnete Verhältnis zwischen den Struktur- und Standorteinflüssen von 7:1 zeigt, daß sich lokale oder betriebliche Aspekte (Standorteinflüsse) kaum ausgewirkt haben. Die Gründe für die hohen Arbeitsplatzverluste liegen weniger in der Region als vielmehr auf nationaler bzw. internationaler Ebene. Für das Land Baden-Württemberg wirkt sich nachteilig aus, daß die dortigen Schlüsselbranchen verstärkt unter Wettbewerbsdruck geraten sind. Die Unternehmen haben mit einem massiven Beschäftigungsabbau reagiert.

Aus dem Aufwärtstrend ist ein Abwärtstrend geworden. Die Arbeitslosenquote liegt 1995 in Baden-Württemberg mit 7,4 v.H. zwar immer noch deutlich unter der der Bundesrepublik mit 9,3 v.H.: Aber es ist zur Annäherung gekommen. Die Zahl

⁷ Die Identität des Drei-Komponenten-Ansatzes der Shift-Analyse in Kurzform lautet

$$(1) e^{t+1} - e^t = n^{t,t+1} + m^{t,t+1} + c^{t,t+1}$$

mit

- n als Konjunkturkomponente (national growth);
- m als (Netto-)Strukturkomponente (industrial mix);
- c als Standortkomponente (competitive effect)

und in vollständiger Schreibweise

$$e^{t+1} - e^t =$$

$$e^t \left\{ \left(\frac{E^{t+1}}{E^t} \right) - 1 \right\} \text{Konjunkturkomp. } n^{t,t+1}$$

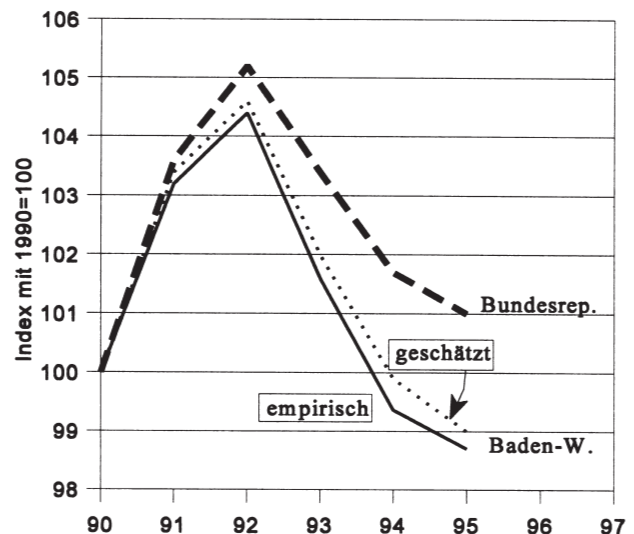
$$+ \sum_i e_i^t \left\{ \left(\frac{E_i^{t+1}}{E_i^t} \right) - \left(\frac{E^{t+1}}{E^t} \right) \right\} \text{Strukturkomp. } m^{t,t+1}$$

$$+ \sum_i e_i^t \left\{ \left(\frac{e_i^{t+1}}{e_i^t} \right) - \left(\frac{E_i^{t+1}}{E_i^t} \right) \right\} \text{Strukturkomp. } c^{t,t+1}$$

mit

- e und E als regionale und nationale Gesamtbeschäftigung (Status);
- i als Sektorenindex (tiefgestellt);
- t+1 und t als Zeitindizes (hochgestellt);
- und t, t+1 als Veränderung innerhalb der Periode.

Schaubild 6: Beschäftigung in Baden-Württemberg: empirische vs. geschätzte Entwicklung



der Arbeitslosen in Baden-Württemberg hat sich nach 1990 innerhalb von fünf Jahren fast verdoppelt. (Der Zuwachs in den alten Bundesrepublik einschließlich Baden-Württemberg beträgt 36 v.H., ohne Baden-Württemberg lediglich 31 v.H.).

Schaubild 6 zeigt, wie stark konjunkturelle und wirtschaftsstrukturelle Einflüsse den empirischen Trend bestimmt haben, denn beide Trendverläufe, der geschätzte und der empirische, liegen dicht beieinander. Mit anderen Worten: Arbeitsmarktrelevante Ereignisse, die allein durch regionale („lokale“) Besonderheiten zu erklären sind, haben sich in Baden-Württemberg in 90er Jahren – sofern es sie gegeben hat – zumindest nicht ausgewirkt.

5 Konvergenz- und Divergenztendenzen in der Bundesrepublik

5.1 Problemstellung

In der Einleitung (Abschnitt 1) wurden zwei gegensätzliche Entwicklungsperspektiven beschrieben: Aus globalistischer Sicht, wird erwartet, daß sich die regionalen Wohlstandsniveaus angleichen (Konvergenz). Die Region wird als ein passives Element definiert – „gleichsam am „receiving end“ globaler Entwicklungen: Sie [muß] mit Bedingungen zu Rande zu kommen, auf die sie keinen Einfluß hat“ (Hamm 1997: 13). Es gibt zwei Modelle, die die Konvergenzthese stützen:

– Zum einen, ausgehend von der Vorstellung eines „footloose capitalism“, wird eine Beliebigkeit des Standortes propagiert. Davon profitieren Orte, Regionen und Wirtschaftsräume, die bisher als Investitionsstandorte nicht in Betracht kamen. In diesen vernachlässigten Gebieten kommt es zu Aufholprozessen (vgl. Abschnitt 1);

– Zum anderen, aus neoklassischer Sicht, wird davon ausgegangen, daß Unternehmen Standortselektion und –optimierung betreiben – und zwar zunehmend erfolgreicher. Der Grund ist, daß sich durch die Wahl eines möglichst geeigneten Standortes die Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Solche Standorte gibt es in der Regel weder flächendeckend, noch in unbegrenzter Anzahl. Die wenigen Standorte, die optimale Bedingungen bieten, werden, zumindest für einen begrenzten Zeitraum, das Gros der Investitionen anziehen. Sobald aber, der neoklassischen Wachstumstheorie zufolge, eine Teilwirtschaft (also ein Standort) sich als attraktiv erweist, setzt eine Gegenbewegung ein. In deren Verlauf „sichern die Faktoren Faktor- und Gütermobilität die Zurückweisung der Teilwirtschaft in das Glied der übrigen Teilwirtschaften“ (Heise 1995: 692 ff.). Es wird postuliert, daß sich sämtliche Ausgleichs- und Strukturwandelprozesse (auch die räumlichen) marktgesteuert vollziehen. Die Globalisierung wirkt mehr beschleunigend als verursachend.

Die lokalistische Position basiert auf Annahmen, die aus polarisationstheoretischen Ansätzen bekannt sind. Ein Unterschied zur globalistischen Position besteht darin, daß sie die Region als einen aktiven Standort betrachtet. Standorte können durch Planung entwickelt und sogar nachfragegerecht „produziert“ (Bökemann) werden. Die Regionen sind in dem sich verschärfenden Standortwettbewerb gezwungen, ihre komparativen Vorteile, d. h. ihre spezifischen Stärken und Potentiale, zu bewahren und zu entwickeln. Aber nicht jede Re-

gion kann, wegen unterschiedlicher Voraussetzungen und Bedingungen, gleich erfolgreich sein. Es wird daher erwartet, daß sich die Schere zwischen Wachstums- und Problemregionen weiter öffnet.

Diese Pro-Contra-Argumentation gilt analog für die Arbeitsmärkte. Es wird darauf verwiesen, daß Arbeitsplätze zunehmend an Standorten entstehen, die bisher als abgelegen bzw. als zu risikobehaftet galten. Solche Investitionen erfolgen vielfach (trotz gegenteiliger Behauptungen) zum Nachteil der alten Standorte. Konversionstendenzen zeigen sich auf nationaler wie auf regionaler Ebene. In Europa zählte die Bundesrepublik im Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze in den 90er Jahren zu den Verlierern; Gewinner waren die „schwächeren Mitgliedsstaaten in der Europäischen Gemeinschaft“ (Europäische Kommission 1994: 12). Auf der regionalen Ebene hat sich der Disurbanisationsprozeß verstärkt: In den Agglomerationsräumen werden Arbeitsplätze abgebaut, in den ländlich geprägten Regionen nimmt die Beschäftigung zu.

Die Kritiker der Konvergenzthese weisen darauf hin, daß die im Zuge der Globalisierung entstandenen neuen Formen einer internationalen und regionalen Kooperation/Arbeitsteilung nur vordergründig Aufholprozesse implizieren. Denn „internationale Verflechtungen zwischen ungleichen Partnern dienen dem Machterhalt des Stärkeren“ (Hamm 1997: 4). Das gilt analog auf der regionalen Ebene, jedenfalls dann, wenn sich zwischen den wirtschaftlichen Zentren und den übrigen Regionen zunehmend Kontrollbeziehungen etablieren (Gräber et al. 1987). Als weiteres Argument wird die Uneinheitlichkeit des Globalisierungsprozesses angeführt. Nach Hamm (1997: 4) „überziehen die globalen Interdependenzen die Erde weder gleichmäßig noch symmetrisch.“ Infolgedessen sei nicht davon auszugehen, daß sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen weltweit angleichen.

Welche Tendenzen sich in der Bundesrepublik abzeichnen, wird im folgenden untersucht, insbesondere:

- ob und inwieweit in der Bundesrepublik Spezialisierungs- (Divergenz) oder Entspezialisierungstendenzen (Konvergenz) vorherrschen;
- mit welcher Dynamik sich die räumlichen Anpassungsprozesse vollziehen;
- ob es in Teilräumen zu Sonderentwicklungen gekommen ist und, gegebenenfalls, aus welchen Gründen.

5.2 Ergebnisse für die Bundesländer

Als Datengrundlage wird die Beschäftigtenstatistik ausgewertet. Die Wirtschaftsstruktur umfaßt 32 Sektoren in folgender Untergliederung (vgl. Anlage 1): Landwirtschaft (1), Produzierendes Gewerbe (16) und Dienstleistungen (15). Das hier eingesetzte Analyseverfahren ist geeignet, jede einzelne regionale und sektorale Arbeitsplatzveränderung zwischen zwei Zeitpunkten zu messen und zu typisieren (vgl. Esteban-Marquillas 1972). Es werden zwei Konvergenz- und zwei Divergenztypen unterschieden (vgl. Schaubild 7). Die Grundüberlegungen zeigen die folgenden Beispiele⁸:

– Die Konvergenz nimmt zu, wenn z. B. im Ruhrgebiet massiv Montanarbeitsplätze abgebaut werden. Die mit dem Abbau verbundenen Entspezialisierungseffekte werden Typ 1 zugeordnet. Das Ausmaß beschreibt die Standortkomponente in Form von Arbeitsplatzverlusten. Anteilsgewinne in „kleinen“, d. h. in der Region schwach vertretenen Branchen, wirken in dieselbe Richtung: Sie erhöhen den regionalen Konvergenzanteil (Typ-3-Zuordnung).

⁸ Die Gleichungsstruktur des sogenannten Esteban-Marquillas-Ansatzes wird in Müller (1983), Tengler (1989) und Schönebeck (1996) beschrieben. Es handelt sich um eine Neuinterpretation des Drei-Komponenten-Ansatzes der Shift-Analyse.

Schaubild 7: Typenbildung nach Esteban-Marquillas (1972)

Typenbildung (1)		Spezialisierung in Sektor i	Keine Spezialisierung in Sektor i
		1	2
Positive relative Wachstumsdynamik in Sektor i	1	Divergenz-Typ 4	Konvergenz-Typ 3
Negative relative Wachstumsdynamik in Sektor i	2	Konvergenz-Typ 1	Divergenz-Typ 2

(1) Referenzraum ist die Bundesrepublik.

– Die Divergenz nimmt zu, wenn Städte, wie z. B. Wolfsburg oder Stuttgart überdurchschnittliche Zuwächse im Fahrzeugbau erzielen, d. h. in einer Kernbranche der regionalen Wirtschaft. Um wieviel Arbeitsplätze es sich im einzelnen handelt, beschreibt wiederum die sektorale Standortkomponente (Typ-4-Zuordnung). Anteilsverluste in „kleinen“, d. h. regional unterrepräsentierten Branchen, haben denselben Effekt (Typ-2-Zuordnung).

Schaubild 7 zeigt die Definition der Typen im Überblick. Die Typenbestimmung erfolgt in drei Schritten. Im folgenden wird exemplarisch die Entwicklung des Fahrzeugbaus in Stuttgart 1985-90 betrachtet:

1. Schritt: die Analyse der Wachstumsentwicklung (Zeilenbetrachtung). Die Zahl der Beschäftigten im Fahrzeugbau hat sich von 41.000 (1985) auf 48.500 (1990) erhöht, d. h. um 18 v.H. (Bundesrepublik 12 v.H.). Das Vorzeichen der Standortkomponente ist positiv: Es werden 2.700 Arbeitsplätze als „standortbedingter“ Zuwachs berechnet ($[1,18 - 1,12] \times 41.000$ Beschäftigte);

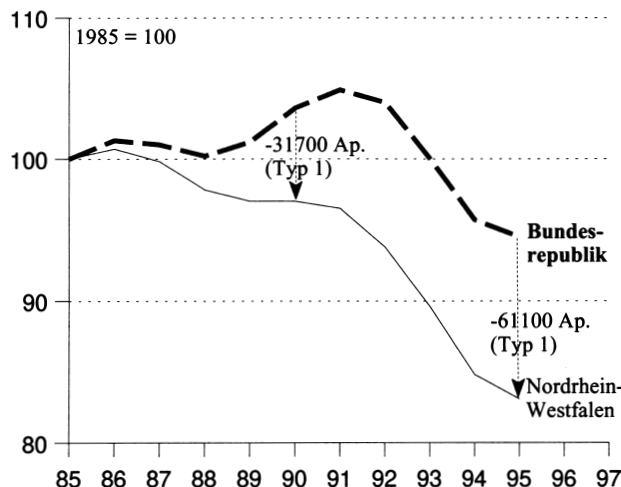
2. Schritt: die Klassifikation des Sektors (Spaltenbetrachtung). Mit einem Anteil von 11,6 v.H. (1985) an der Gesamtbeschäftigung in Stuttgart handelt es sich um eine Kernbranche. (Der Anteil in der Bundesrepublik beträgt 4,6 v.H.);

3. Schritt: die Typenbestimmung (Auswertung der Matrix). Die Standortkomponente wird mit ihren 2.700 Beschäftigten Typ 4 zugeordnet („Anteilsgewinne in Kernbranchen“).

Entsprechende Typisierungen wurden für jedes Bundesland und für jeden Sektor durchgeführt. Die Schaubilder 9a/9b beschreiben für 1985-90 und 1990-95 die Ergebnisse für die Bundesländer und die Bundesrepublik. Die Spalten 1 bis 4 enthalten die getrennt für jedes Bundesland/die Bundesrepublik aufsummierten sektoralen Standortkomponenten. (Für die Bundesrepublik beträgt der Saldo zwischen allen „Jobgewinnen“ (Typ 3 + Typ 4) und allen „Jobverlusten“ (Typ 1 + Typ 2) definitionsgemäß Null.) Das Gesamtergebnis wird in Form einer Konvergenz-/Divergenzquote in Spalte 5 dargestellt. Soweit es in den Bundesländern zu Sonderentwicklungen gekommen ist, enthält Spalte 6 nähere Angaben.

Die für die Bundesrepublik berechneten Ergebnisse zeigen, daß sich die Sektorstrukturen der Bundesländer im Verhältnis von 2:1 angleichen. Die für 1985-90 und 1990-95 berechneten Konvergenz-/Divergenzquoten unterscheiden sich kaum (vgl. in den Schaubildern 9a/b die Zeile „Bundesrepublik“). Seitz (1996) kommt für die Bundesrepublik mit den Variablen „Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen“ und „Wachstum der

Schaubild 8: Montanindustrien 1985-95 in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik (Typ 1)



Pro-Kopf-Bruttowertschöpfung“ zu einer ähnlichen Gesamtaussage („signifikante, wenngleich langsame Konvergenzprozesse“).

Im folgenden werden einige ausgewählte Trends und ihre Bedeutung für die regionale Entwicklung diskutiert (vgl. Spalte 6 in den Schaubildern 9a/b: „Regionale Entwicklungsbesonderheiten“).

Das erste Beispiel bezieht sich auf Nordrhein-Westfalen. Bekannt ist, daß die regionalen Arbeitsmärkte durch die anhaltenden Arbeitsplatzverluste in den Montanindustrien stark belastet werden. Weniger bekannt ist, wie dynamisch sich diese Entwicklung im letzten Jahrzehnt vollzogen hat und immer noch vollzieht. Die Trenddarstellung zeigt, daß es keine Anzeichen für eine Abschwächung gibt (vgl. Schaubild 8). In beiden Fünf-Jahreszeiträumen 1985-90 und 1990-95 wurden „standortbedingt“ jeweils 30.000 Arbeitsplätze abgebaut, die, weil es sich um einen Kernbereich der nordrhein-westfälischen Wirtschaft handelt, Typ 1 zugeordnet werden. Die starken Konvergenztendenzen in Nordrhein-Westfalen sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Die Situation in Hamburg und Bremen ist ähnlich. Hier handelt es sich um den Sektor Transport und Verkehr – insbesondere um die Bereiche Schifffahrt, Häfen, Speditionen und Lagerei. In diesen Kernbereichen ist es in Hamburg und Bremen zu hohen Einbußen gekommen. In der Bundesrepublik nahm 1985 bis 1990 die Zahl der im Sektor Transport und Verkehr Beschäftigten um 22 v.H. zu: in Hamburg um 2 v.H., in Bremen um lediglich 1 v.H. (vgl. in Schaubild 10 die Indizes im Jahr 1990). Die Auswirkungen auf das Gesamtergebnis zeigt Schaubild 9a: Typ 1 („Anteilsverluste in Kernbranchen“) ist in Hamburg und Bremen hoch besetzt. Daran hat sich in den 90er Jahren wenig geändert: Hamburg und Bremen nehmen die Ränge eins und zwei ein. Zwischen 1985 und 1995 blieb Hamburg im Sektor Transport/Verkehr um insgesamt ca. 31.000 Arbeitsplätze, Bremen um ca. 10.100 Arbeitsplätze hinter der „normalen“ Trendentwicklung zurück. Die Indexdarstellung zeigt, daß die Verluste in beiden Bundesländern ungefähr gleich groß ausfallen (vgl. Schaubild 10).

Niedersachsen und Hessen bilden ein weiteres „Pärchen“: Hier ist es in einzelnen Kernbranchen zu Zuwächsen gekommen (Typ 4). In Niedersachsen handelt es sich um die Bau-

Schaubild 9a, b: Konvergenz- und Divergenztendenzen in den Bundesländern und der Bundesrepublik 1985-90 und 1990-95 (Esteban-Marquillas-Ansatz)

a. Zeitraum 1985-90

Bundesland	Konvergenztypen (°)				Divergenztypen (#)				Gesamtergebnis		Regionale Entwicklungs- besonderheiten: Ausgewählte Standortkomponenten (Zahl der Arbeitsplätze)
	Typ 1		Typ 3		Typ 2		Typ 4		Konv./Diverg. Typ. 1+3	Typ. 2+4	
	Job- verluste 1	in %	Job- gewinne 2	in %	Job- verluste 3	in %	Job- gewinne 4	in %			
Schleswig-H. Hamburg	-7899	37%	4106	19%	-3983	18%	5557	26%	56% / 44%		Typ 1: Verkehr/Transp. (-13700)
Niedersachsen	-46344	73%	2517	4%	-12683	20%	1873	3%	77% / 23%		
Bremen	-9486	16%	20002	35%	-9096	16%	18978	33%	51% / 49%		Typ 1: Verkehr/Transp. (-5800)
NRW	-60764	39%	64396	41%	-29960	19%	984	1%	79% / 21%		Typ 1: Montanind. (- 31700) und Typ 3: Textil (+9900)
Hessen	-10968	16%	7305	11%	-17671	26%	33313	48%	80% / 20%		Typ 4: Verkehr/Transp. (+9000), Bank/Vers.(+9500)
Rheinland-Pf. Baden-Würt.	-18341	45%	9874	24%	-5519	14%	7060	17%	26% / 74%		Typ 3: Eisen/Stahl (+13300), Stahlbau ohne Fahrzeugbau (+8200), Sonst. Dnstl. (+6400)
Bayern	-19734	21%	58278	62%	-11351	12%	4496	5%	69% / 31%		
Saarland	-14781	13%	64479	58%	-4694	4%	26607	24%	72% / 28%		Typ 1: Montanind. (- 6300)
Berlin (West)	-9147	54%	1768	10%	-4907	29%	1174	7%	64% / 36%		Typ 1: Sonst. Dnstl. (-7800), E-Technik (-7800)
Berlin (West)	-31277	56%	12974	23%	-8573	15%	2619	5%	80% / 20%		
Bundesrep.	-244215	34%	253474	35%	-113357	16%	104076	15%	69% / 31%		

b. Zeitraum 1990-95

Bundesland	Konvergenztypen (i)				Divergenztypen (ii)				Gesamtergebnis		Regionale Entwicklungs- besonderheiten: Ausgewählte Standortkomponenten (Zahl der Arbeitsplätze)
	Typ 1		Typ 3		Typ 2		Typ 4		Konv./Diverg. Typ. 1+3	Typ. 2+4	
	Job- verluste 1	in %	Job- gewinne 2	in %	Job- verluste 3	in %	Job- gewinne 4	in %			
Schleswig-H.	-6870	23%	10577	35%	-1578	5%	11056	37%	58% / 42%		Typ 4: Baugewerbe (+3400), Handel (+5100)
Hamburg	-45860	63%	14115	19%	-9945	14%	3216	4%	82% / 18%		Typ 1: Verkehr/Transp. (-17500)
Niedersachsen	-1963	2%	38127	38%	-10902	11%	49236	49%	40% / 60%		Typ 4: Baugewerbe (+16300)
Bremen	-15309	56%	1570	6%	-7846	29%	2432	9%	62% / 38%		Typ 1: Verkehr/Transp. (-4300)
NRW	-68326	49%	33883	24%	-34612	25%	1850	1%	74% / 26%		Typ 1: Montanind. (-29400), Chemie (- 8900), Stahlb. (-7400)
Hessen	-28383	42%	6626	10%	-22433	33%	10308	15%	52% / 48%		Typ 1: Fahrzeugb. (-11200), EDV/Büro (-5000), Feinm./Opt. (-4100)
Rheinland-Pf. Baden-Würt.	-17852	35%	16696	33%	-6975	14%	9548	19%	68% / 32%		
Bayern	-32098	41%	30360	38%	-12978	16%	3524	4%	79% / 21%		Typ 3: Kunststoffe (+7400), Gesundh. (+10500), Staat/ Sozialversicherung (+8800)
Saarland	-24451	18%	68783	52%	-5448	4%	34841	26%	70% / 30%		
Saarland	-6161	33%	5886	31%	-5391	29%	1414	8%	64% / 36%		
Berlin (West)	-25250	29%	33210	39%	-11939	14%	15292	18%	68% / 32%		
Bundesrep.	-272523	34%	259833	32%	-130047	16%	142717	18%	66% / 34%		

(°) Konvergenztypen 1 und 3: Abbau der sektoralen Spezialisierung der Regionen durch überdurchschnittliche Arbeitsplatzverluste in Kernbranchen (Typ 1) oder Zuwächse (Anteilsgewinne) in schwach besetzten Branchen (Typ 3)

(#) Divergenztypen 2 und 4: Verstärkung der sektoralen Spezialisierung der Regionen durch überdurchschnittliche Arbeitsplatzverluste in schwach besetzten Branchen (Typ 2) oder Zuwächse (Anteilsgewinne) in Kernbranchen (Typ 4)

Schaubild 10: Transport und Verkehr 1985-95 in Hamburg, Bremen und in der Bundesrepublik (Typ 1)

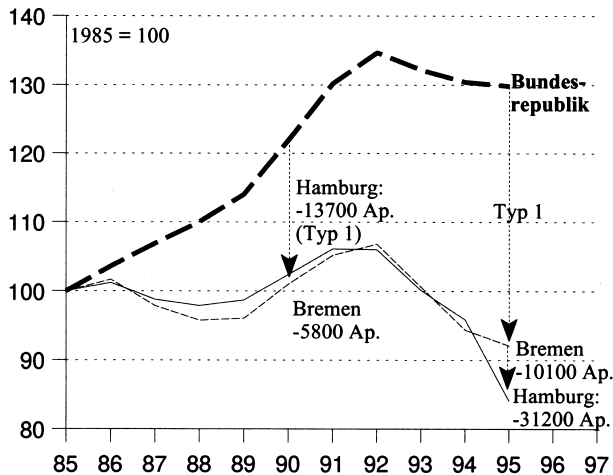
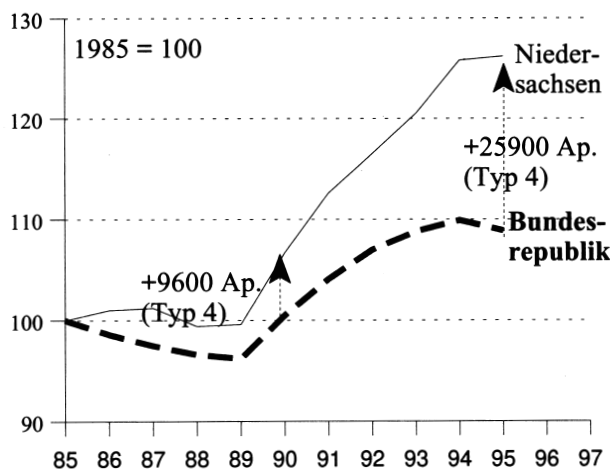


Schaubild 11: Baugewerbe 1985-95 in Niedersachsen und in der Bundesrepublik (Typ 4)



wirtschaft, in Hessen um die Sektoren Verkehr/Transport und Banken/Versicherungen.

Die Gesamtentwicklung Niedersachsens und insbesondere der Aufschwung in der Bauwirtschaft steht in einem erkennbaren Zusammenhang zur Grenzöffnung und zur Wiedervereinigung. Vor allem die Baubranche hat profitiert. Schaubild 11 zeigt, daß 1989 ein regelrechter Beschäftigungsboom eingesetzt hat. Von den 9.600 Arbeitsplätzen, die die Standortkomponente für den Zeitraum 1985-90 ausweist, entfallen 4.100 Arbeitsplätze auf die Periode 1989-90! Im folgenden Fünf-Jahreszeitraum sind weitere 16.300 Arbeitsplätze „standortbedingt“ entstanden. Die Entwicklung des Bausektors in Niedersachsen hat sich zunehmend vom Bundestrend abgekoppelt. Ein wesentlicher Grund ist die gute Erreichbarkeit der neuen Bundesländer. Das für die Bauwirtschaft ermittelte Einzelergebnis erhöht den Typ-4-Anteil Niedersachsens auf 49 v.H. (Bundesrepublik: 18 v.H.). Es hat Auswirkungen auf das Gesamtergebnis. Das Konvergenz-/Divergenzverhältnis beträgt in Niedersachsen 40 v.H. zu 60 v.H., d. h. der Spezialisierungsgrad der niedersächsischen Wirtschaft hat sich gegen die allgemeine Trendrichtung erhöht (vgl. im Schaubild 9b die Zeile „Niedersachsen“, Spalte 5).

In Hessen sind die 80er Jahre von besonderem Interesse. Das Konvergenz-/Divergenzverhältnis von 26 v.H. zu 74 v.H. ist ein Kennzeichen einer extrem eigendynamischen Entwick-

lung. Es wirkt sich aus, daß die Region Frankfurt als international bedeutsamer Bankenstandort und Standort eines Großflughafens besonders in ihren Kernbereichen Banken/Versicherungen (zusätzlich 9.500 Arbeitsplätze) und Transport/Verkehr (zusätzlich 9.000 Arbeitsplätze) dazugewonnen hat (Typ 4).

Schaubild 12: Transport/Verkehr und Banken/Versicherungen 1985-95 in Hessen und in der Bundesrepublik (Typ 4)

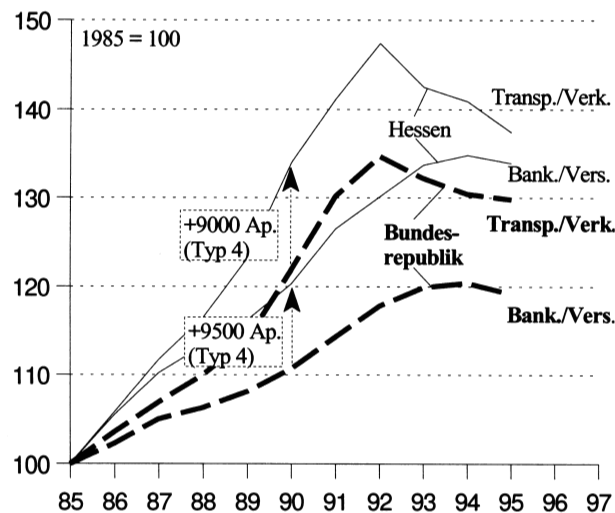
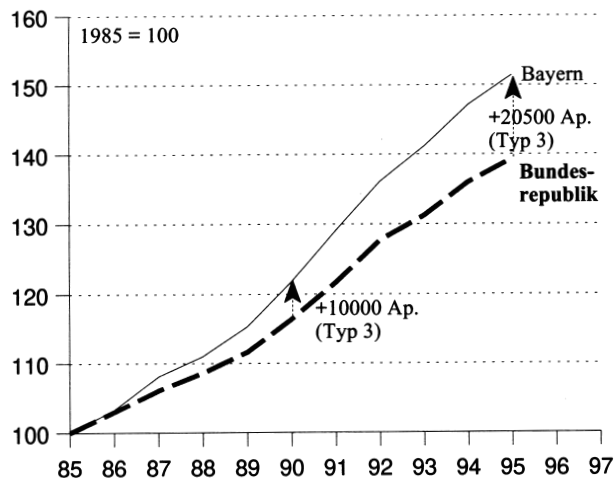


Schaubild 12 zeigt, daß sich der Wachstumstrend in den 90er Jahren abgeschwächt (Banken/Versicherungen) bzw. nicht mehr fortgesetzt hat (Verkehr/Transport). Entsprechend fallen die in Schaubild 9b dargestellten Ergebnisse nicht mehr so extrem aus wie zuvor in Schaubild 9a. Es wird eine nahezu ausgeglichene Konvergenz-/Divergenzquote ermittelt (52 v.H. zu 48 v.H.). Der auch in den 90er Jahren noch weiterhin hohe Divergenzanteil hat andere Gründe als in den 80er Jahren: Neben den immer noch erheblichen Anteilsgewinnen im Sektor Banken/Versicherungen hat sich vor allem der Sektor Rechtsberatung positiv entwickelt (Typ 4). Obwohl Hessen mit diesem Typ von Dienstleistungen bestens ausgestattet ist (Rang 2 unter den Bundesländern), nimmt die Beschäftigung um 44 v.H. zu (Bundesrepublik: 36 v.H.). Nur West-Berlin mit einem Zuwachs von 82 v.H. war noch erfolgreicher (Wiedervereinigungseffekt!). Einen weiteren Grund bilden die Rückgänge im Baugewerbe und in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere in den Sektoren Holz/Papier und Elektrotechnik, d. h. in eher unterrepräsentierten Bereichen der hessischen Wirtschaft (Typ 2). Jede einzelne der genannten Typ-4- bzw. Typ-2-Zuweisungen hat den Divergenzanteil erhöht.

Auf den ersten Blick gibt es auch zwischen Bayern und Baden-Württemberg (wie zuvor zwischen Hamburg und Bremen bzw. Niedersachsen und Hessen) Gemeinsamkeiten: In beiden Bundesländern sind sowohl vor als auch nach 1990 ausgeprägte Konvergenztendenzen zu beobachten (vgl. in den Schaubildern 9a/b die Spalte 5). Eine zweite Übereinstimmung bezieht sich auf die Wirtschaftsstruktur: Beide Bundesländer haben sehr niedrige Dienstleistungsquoten. Einen Teil dieses Rückstandes haben sie aufgeholt.

Doch hier enden die Gemeinsamkeiten. Für den Aufholprozeß gibt es verschiedene Gründe: In Bayern wurde direkt in Dienstleistungsarbeitsplätze investiert. In Baden-Württem-

Schaubild 13: Gesundheitswesen 1985-95 in Bayern und in der Bundesrepublik (Typ 3)

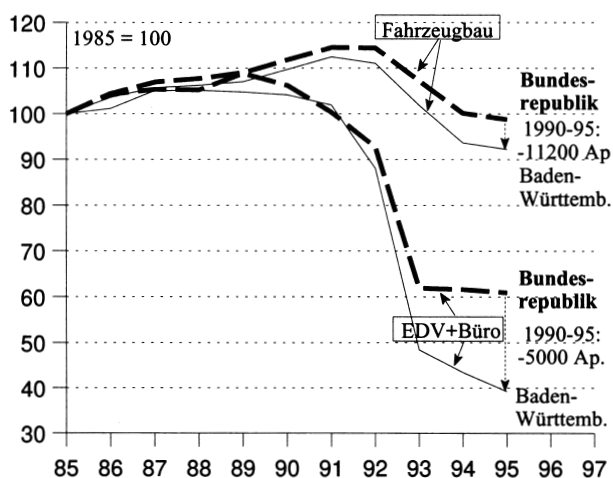


berg hat sich die Dienstleistungsquote nur rechnerisch erhöht, weil im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen hauptsächlich Industriearbeitsplätze abgebaut wurden (indirekter Effekt).

In Bayern hat die Entwicklung im Sektor Gesundheitswesen mit einem kontinuierlichen Zuwachs von ca. 20.000 Arbeitsplätzen in zehn Jahren maßgeblich zum guten Gesamtergebnis beigetragen (vgl. Schaubild 13). Ansonsten sind die Zuwächse im Dienstleistungsbereich breit gestreut. Die Situation in Baden-Württemberg ist eine andere: Der starke Abbau von Industriearbeitsplätzen wirkte der Schaffung neuer Dienstleistungsarbeitsplätze entgegen. Die für den Zeitraum 1990-95 für die Dienstleistungen berechnete Standortkomponente beträgt in Baden-Württemberg 2.400 Arbeitsplätze, in Bayern dagegen 44.600 Arbeitsplätze. Zu Sonderentwicklungen in der baden-württembergischen Industrie ist es u. a. im Fahrzeugbau und im Sektor EDV/Büro mit Verlusten von 11.200 Arbeitsplätzen bzw. 5.000 Arbeitsplätzen gekommen (vgl. Schaubild 14), außerdem im Sektor Feinmechanik/Optik mit einem Verlust von 4.100 Arbeitsplätzen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich die Wirtschaftsstrukturen der Bundesländer im Verhältnis 2:1 (Konvergenz/Divergenz) angleichen. Beschleunigungstendenzen

Schaubild 14: Fahrzeugbau und EDV/Büro 1985-95 in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik (Typ 1)



sind nicht zu erkennen. Zwar hat sich gezeigt, daß die Entwicklung einzelner Teilräume durch historische Einzelereignisse (z. B. die Wiedervereinigung oder die Zentralbank-Entscheidung) beeinflusst wurden. Die von ihnen ausgehenden Divergenzeffekte erwiesen sich als zu schwach, um den vorherrschenden Konvergenztrend in der Bundesrepublik substantiell zu verändern oder gar umzukehren.

Zur Überprüfung wurden sämtliche Berechnungen mit den 88 Raumordnungsregionen als Bezugsseinheiten wiederholt. Im Zeitvergleich erhöht sich der für die Bundesrepublik berechnete Konvergenzanteil von 60,4 v.H. (1985-90) auf 63,6 v.H. (1990-95). Die Gesamtaussage („kontinuierlicher Konvergenzprozeß“) wird bestätigt.

6 Beschäftigungsentwicklung nach Berufsbereichen und Berufsausbildungen

6.1 Problemstellung

Bisher ausgeblendet geblieben sind Qualitätsbetrachtungen. Es macht jedoch einen Unterschied, ob sog. Jedermann-Arbeitsplätze, d. h. Jobs, die keine oder nur eine geringe fachliche Qualifikation erfordern, abgebaut oder ins Ausland verlagert werden oder – für eine führende Industrienation von größerer Bedeutung – Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung. Denn Motor jeder Wohlstandsentwicklung ist der technologische Fortschritt und die damit verbundene Wissensakkumulation. Letzteres sollte möglichst im eigenen Land stattfinden. „Technology and trade have always been the root of economic progress, raising output, employment and wealth“, heißt es bei der OECD (1996: 13). Von Einem (1997: 15) faßt, bezogen auf die Beschäftigungsentwicklung, wie folgt zusammen: „Je höher die Qualifikationsanforderungen, der technologische Innovationsgehalt, der Forschungs- und Entwicklungsgehalt sowie das Niveau von Löhnen und Gehältern, desto günstiger verläuft die Beschäftigungsentwicklung.“ Dieser Prozeß wird unter dem Druck einer voranschreitenden Globalisierung als „kreative Destruktion“ beschrieben (OECD 1996: 13).

Doch die Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Arbeitsmärkte (Jobknüller oder Jobkiller?) sind nicht eindeutig: „Technology both eliminates jobs and creates jobs. Generally it destroys lower wage, lower productivity jobs, while it creates jobs that are productive, high-skill and better paid“ (OECD-Job-Report 1994: 2c). Die Auswirkungen werden eher optimistisch beurteilt. In anderen Untersuchungen wird vielfach die Befürchtung geäußert, die Gesamtzahl der angebotenen Arbeitsplätze würde sich – als Folge der anhaltenden Rationalisierung – rückläufig entwickeln. Für Rifkin (1997) ist dies der entscheidende Aspekt: Zwar werden die neuen Technologien „einige neue Arbeitsplätze schaffen, doch werden es zu wenige sein, um die Millionen von Angestellten und Arbeiter aufzunehmen, die von den neuen Technologien verdrängt wurden. Der Grund: Dieser Bereich bietet ... nur einer Elite, nicht aber den Massen Arbeit. Ingenieure, hochspezialisierte Techniker, Programmierer, Wissenschaftler, Ausbilder und Fachleute werden nie massenhaft gebraucht werden, um Güter und Dienstleistungen für das Informationszeitalter zu produzieren. Dies aber unterscheidet das Informations- vom Industriezeitalter. Das Industriezeitalter beendet die Sklavenarbeit, das Informationszeitalter wird die Massenbeschäftigung abschaffen.“

Es gibt Vorboten dieses Strukturwandels: Schon heute sind Stammebelegschaften zu Kernbelegschaften geschrumpft. Im

Bedarfsfall steht eine sogenannte Randbelegschaft (Leiharbeiter, Scheinselbstständige) als Eingreifreserve zur Verfügung. Demgegenüber kommt die jüngste McKinsey-Studie (1997) zum Ergebnis, daß hohes Produktivitätswachstum und starkes Beschäftigungswachstum gleichzeitig erreicht werden können („performance can go hand in hand“). Neuere empirische Untersuchungen stützen diese These. Auch das Beispiel USA (als z. Zt. führendes Hochtechnologieiland) zeigt, daß ein hoher Produktivitätsfortschritt, d. h. zunehmende Investitionen in High-Tech, und Vollbeschäftigung sich nicht ausschließen⁹. Dennoch bleibt es eine Streitfrage: Angesichts der Gegensätzlichkeit der Standpunkte von Rifkin und McKinsey besteht weiter Forschungsbedarf.

Unbestritten ist, daß sich mit der Einführung neuer Technologien die Anforderungen an die Mitarbeiter erhöhen. Und diese neuen Technologien werden vor allem in den Industrieländern – als Folge des nachdrängenden Wettbewerbs mit Ländern mit niedrigerem Pro-Kopf-Einkommen – implementiert. Denn auf den Märkten mit arbeitsintensiv hergestellten, standardisierten Produkten sind sie nicht mehr konkurrenzfähig. Selbst Fertigungen mit mittleren Technologien stehen an ihren traditionellen Standorten in den Industrieländern zunehmend zur Disposition¹⁰. Als Grund nennt von Einem (1997: 7) Aufholprozesse in den Entwicklungsländern durch verstärkte Humankapitalinvestitionen. Die Konsequenz für die Industrieländer lautet, daß nur durch herausragende Forschungsleistungen die bisherigen Spitzenpositionen bei den Löhnen und Einkommen gehalten werden können.

Einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (und damit der Zukunftsfähigkeit) können Strukturformen des Erziehungs- und Bildungssystems leisten. Derzeit zählt in der Bundesrepublik der hohe Ausbildungsstand der Beschäftigten unbestreitbar zu den Stärken. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nennt „die Faktoren Technologie und Wissen das Beste, was Deutschland im internationalen Wettbewerb in die Waagschale werfen kann“ (NIW et al. 1996, II). Diese Stärke habe es in den 80er Jahren ermöglicht „sowohl die Richtung als auch das Tempo im internationalen Wettbewerb um Innovationen mitzube-

stimmen“ (NIW et al. 1996: 3). Doch die Anzeichen, daß die Bundesrepublik zurückfallen könnte, verdichten sich¹¹:

1. In den als besonders zukunftsfähig betrachteten Hochtechnologiebereichen Mikroelektronik, Telekommunikation, Multimedia, Software und Biotechnologie ist die Bundesrepublik in Rückstand geraten¹². Entsprechend fehlt es an Ausbildungsangeboten – insbesondere auch an Ausbildungsqualität. Die neuen Märkte werden bereits heute von den USA und Japan bedient.

2. „Die Präferenzen der Studierenden gelten immer seltener der Naturwissenschaft und Technik“ (NIW et al. 1996, VI). Nach Angaben des NIW hat sich „die Zahl der Studienanfänger in diesen Fächern in Deutschland seit 1990 halbiert.“ Vorhandene Wissensvorsprünge sind gefährdet.

3. Die Finanznöte der deutschen Hochschulen nehmen zu: „Die Hochschulen in Deutschland sind in großer Sorge um ihre zukünftige Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit“, wird Prof. Erichsen, der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, zitiert (Die WELT 14.5.1997). „Wer heute nicht in Bildung und Forschung überproportional investiert, läuft Gefahr, der immer schnelleren Konkurrenz in Wissenschaft und Wirtschaft hinterherzulaufen“, heißt es weiter. Auch von Einem beklagt zu knappe Forschungsetats. Zusammen mit hochschulpolitischen Versäumnissen wirken sie als Bremse auf dem Weg zur Wettbewerbsfähigkeit und zu mehr Beschäftigung (von Einem 1997: 21).

4. „Im Vergleich zu Ländern wie den USA oder Großbritannien ... sind zu wenige Ausländer ... an den deutschen Hochschulen eingeschrieben“ (DAAD-Pressenotiz Nr. 34/1997 vom 10.9.1997). Dafür gibt es technische und strukturelle Gründe: zum einen Behinderungen durch vielfältige Verwaltungsvorschriften; zum anderen die im internationalen Vergleich abnehmende Funktions- und Leistungsfähigkeit der Hochschulen (s. o.).

6.2 Ergebnisse für die Bundesrepublik

Im folgenden wird untersucht, wie sich im vergangenen Jahrzehnt die Berufs- und Qualifikationsstrukturen national und regional verändert haben: Die für die Bundesrepublik dargestellten Trends bilden für die nachfolgenden regionalen Untersuchungen die Bezugsgrundlage. Der räumliche Strukturwandel wird für die Regionstypen „mit großen Verdichtungsansätzen“ (Agglomerationsräume), „mit Verdichtungsansätzen“ (verstädterte Regionen) und „ländlich geprägte Regionen“ analysiert (BfLR 1997). Schaubild 15 zeigt die Struktur der ausgewerteten Datenmatrix (Quelle: Laufende Raumbewertung der BfLR) mit fünf Zeilen (Berufe) und drei Spalten (Ausbildungsniveaus). Zwei weitere Zeilen und Spalten enthalten die statistisch nicht zuzuordnenden „sonstigen Arbeitskräfte/sonstigen Berufe“ und die Randsummen.

Die für die Bundesrepublik 1995 in Schaubild 15 exemplarisch genannten Beschäftigtenzahlen (darunter die Prozentanteile) zeigen eine ungleiche Besetzung. In der Mehrzahl enthält die Matrix kleine Werte (Prozentanteile < 1 v.H.). Die relevanten Einträge sind durch Fettdruck und Raster markiert. Für großräumige Analysen reicht es aus, sich auf die Entwicklung in den Fertigungs-, Dienstleistungsberufen und technischen Berufen in den drei Ausbildungsstufen „mit“ und „ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ bzw. „mit Hochschulabschluss“ zu konzentrieren¹³.

Einen ersten Überblick über die Strukturen und die Entwicklung geben die Schaubilder 16a (Berufe) und 16b (Ausbil-

⁹ Der häufig geäußerte Einwand, das „Job-Wunder“ in den USA beschränke sich auf vornehmlich niedrigqualifizierte (schlecht bezahlte) Arbeitsplätze, gilt als überholt: „Mehr als 80 Prozent der seit 1990 im US-Dienstleistungssektor entstandenen Arbeitsplätze werden überdurchschnittlich hoch bezahlt“ (McKinsey 1997). Ähnlich nimmt das NIW et al. (1996: 18) Stellung: „Die Erwerbstätigkeit nahm [vor allem] in den unternehmensnahen, innovationsorientierten Dienstleistungen zu. Die dort neu entstandenen Tätigkeiten haben in der Regel ein vergleichsweise hohes Anforderungsprofil.“

¹⁰ Nunnenkamp (1996: 247) ordnet sämtliche Industriezweige – nach dem Anteil der F&E-Aufwendungen am Umsatz – einer „hohen“, „mittleren“ oder „niederen“ Technologieintensität zu.

¹¹ Der NRW-Wirtschaftsminister Clement formuliert diese Befürchtung in einem Brief an die Mitglieder der Landesregierung etwas pointierter: Fast die Hälfte der Auszubildenden erlerne Berufe, in denen langfristig nicht mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen arbeiten werden, heißt es bei Clement. ... Wer darüber hinaus die „oftmals beklagenswerte Situation der öffentlichen Schulen und die Malaise des praktisch kollabierten Hochschulwesens in Rechnung stellt, wird erkennen: Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft steht auf dem Spiel“ (Westfälische Rundschau, 19.9.1979).

¹² „Die RCA-Werte (als Indikatoren zur Bestimmung der sektoralen Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft) weisen vor allem gegenüber den USA und Japan – mittlerweile aber auch schon gegenüber den asiatischen Schwellenländern (NICs) – negative Werte auf“ (Kroker, 1995, 706). McKinsey (1997) kommt für die Telekommunikations- und Software-Industrie zu einem ähnlichen Ergebnis. „Deutsche Unternehmen besetzen in den Bereichen Automobilbau, Elektrotechnik, Maschinenbau und Chemische Industrie erfolgreich Marktsegmente. ... Aber auf den kräftig expandierenden High-tech-Märkten sind sie weniger stark vertreten“ (Siebert 1996).

¹³ Ein höherer Differenzierungsgrad – vor allem für die Kategorien „Dienstleistungsberufe“, „Fertigungsberufe“ und „mit abgeschlossener Berufsausbildung“ – wäre wünschenswert.

Schaubild 15: Beschäftigungsstruktur in der Bundesrepublik 1995 nach Berufsbereichen und Berufsausbildungen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.1995	ohne abgeschlossene Berufsausbildung	mit abgeschlossener Berufsausbildung	mit Fachschule, Fachhochschule, Hochschule, Universität	sonstige Arbeitskräfte	Gesamt
Landwirtschaftliche Berufe	103.350 0,46	155.650 0,69	11.940 0,05	30.030 0,13	300.970 1,3
Bergleute	27.730 0,12	41.620 0,18	110 0,00	2.960 0,01	72.420 0,3
Fertigungsberufe	2.289.730 10,15	4.481.180 19,87	18.950 0,08	543.380 2,41	7.333.240 32,5
Technische Berufe	81.410 0,36	996.270 4,42	514.530 2,28	55.110 0,24	1.647.320 7,3
Dienstleistungsberufe	2.329.260 10,33	8.776.200 38,92	1.001.380 4,44	1.089.390 4,83	13.196.230 58,5
Sonstige Berufe	28.110 0,12	11.370 0,05	3.570 0,02	6.260 0,03	49.310 0,2
Gesamt	4.859.590 21,6	14.462.290 64,1	1.550.480 6,9	1.727.130 7,7	22.550.180 100

dungen). Sie zeigen, daß es zu Anteilsverschiebungen gekommen ist. Die größten Einbußen gab es bei den Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Die Zahl der von ihnen besetzten Arbeitsplätze hat in 10 Jahren fast um ein Drittel abgenommen (vgl. Schaubild 16b). Korrespondierend hat sich die Zahl der Beschäftigten mit Fertigungsberufen rückläufig entwickelt (vgl. Schaubild 16a). Wer also zwischen 1985 und 1995 ohne Berufsabschluß einen Fertigungsberuf ausübte, mußte mehr als jeder andere Beschäftigte damit rechnen, seine Arbeit zu verlieren oder nicht eingestellt zu werden. Umgekehrt bestand für Beschäftigte mit Hochschulabschluß – unabhängig davon, in welchem Berufsfeld sie tätig waren – kaum ein Arbeitsmarktrisiko. Die Zahl der Beschäftigten zwischen 1985 und 1995 hat sich von 965.000 auf 1,55 Mio. erhöht, d. h. um ca. 60 Prozent. Dieser Zuwachs verteilt sich wie folgt: In den technischen Berufen, Fertigungsberufen und Dienstleistungsberufen nahm die Zahl der Hochqualifizierten um 45 v.H., 60 v.H. bzw. 71 v.H. zu.

Die Dynamik des Strukturwandels zeigen die Indexdarstellungen in den Schaubildern 17a/b. Die nach Berufsbereichen und Berufsausbildungen unterschiedenen Einzeltrends entwickeln sich – wengleich mit unterschiedlicher Dynamik – stabil. Nach der Konjunkturwende 1992 hat sich das Tempo des Strukturwandels erhöht.

Bei den Fertigungsberufen haben die konjunkturbereinigten Anteilsverluste stark zugenommen (Schaubild 17a): von 1,4 v.H. p.a. in der Aufschwungphase (1985 bis 1992) auf 2,25 v.H. p.a. (1992 bis 1995) nach Zinseszinsrechnung¹⁴. In den

¹⁴ Der Prozentsatz p wird wie folgt berechnet

$$p = 100 \left(\sqrt[n]{\frac{B_{t+1}}{B_t}} - 1 \right)$$

mit B als Beschäftigungsindex;
n als Anzahl der Perioden;
t und t+1 als Zeitindizes.

Schaubild 16a: Berufsstrukturen 1985 und 1995 (Prozentanteile)

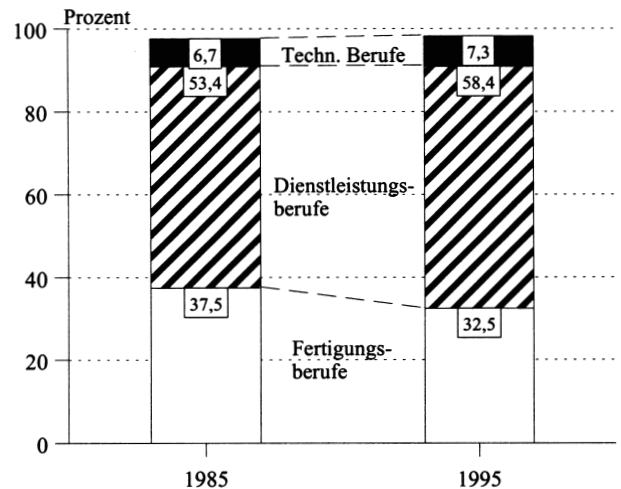


Schaubild 16b: Ausbildungsstrukturen 1985 und 1995 (Prozentanteile)

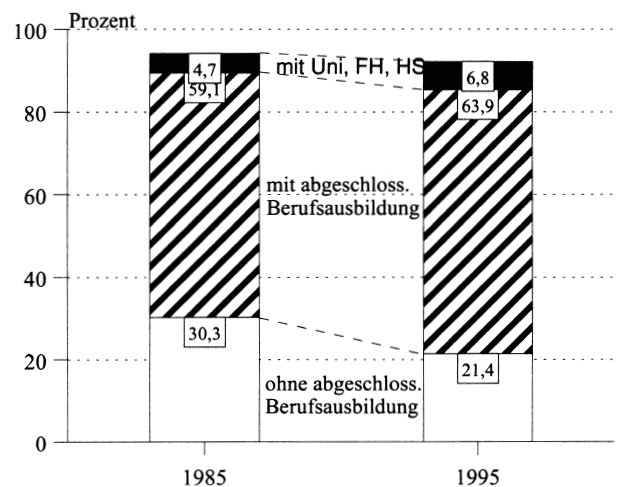


Schaubild 17a: Die Beschäftigungsentwicklung 1985-90 nach Berufsbereichen

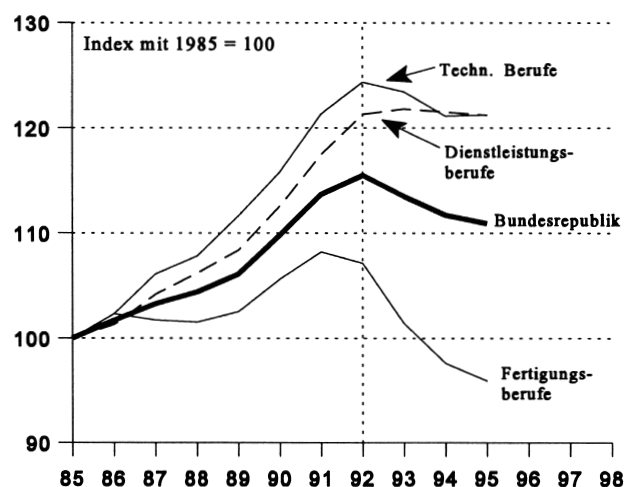
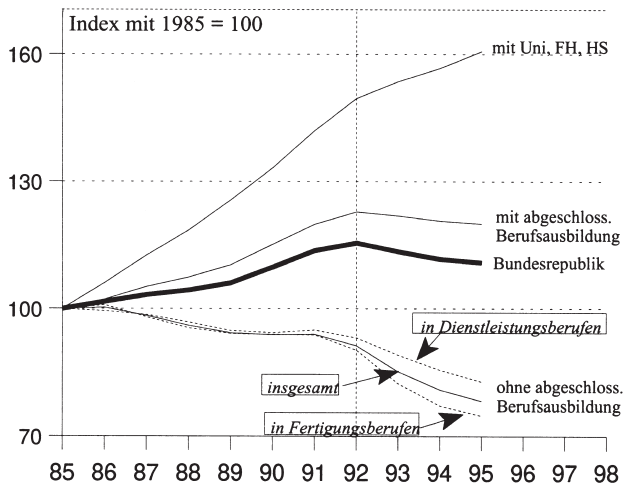


Schaubild 17b: Die Beschäftigungsentwicklung 1985-95 nach Berufsausbildungen



Dienstleistungsberufen verlief die Entwicklung komplementär: Die konjunkturbereinigten Anteilsgewinne haben sich von 0,7 v.H. p.a. (1985-92) auf 1,35 v.H. p.a. (1992-95) erhöht. Die Zahl der Beschäftigten mit Dienstleistungsberufen ist in der Abschwungphase nahezu gleich geblieben. Per Saldo wurden ab 1992 ca. 9.000 Dienstleistungsarbeitsplätze abgebaut, d. h. weniger als ein Zehntel Prozent des Bestands.

In der Qualifikationsgruppe „mit Hochschulabschluß“ ist es ebenfalls zu einer Beschleunigung gekommen (Schaubild 17b). Die schon immer guten Berufs- und Karrierechancen der Hochqualifizierten haben sich auch in der Abschwungphase weiter verbessert. Die eingangs zitierte These: „Technology ... destroys lower wage, lower productivity jobs, while it creates jobs that are productive, high-skill and better paid“ bestätigt sich vor allem in den 90er Jahren. Ein wichtiger Grund ist die Expansion im Dienstleistungssektor.

Die Kehrseite dieses Prozesses zeigt sich im Abbau von Arbeitsplätzen, für die keine Berufsausbildung erforderlich ist. Schaubild 17b zeigt, daß die Zahl der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsbildung schon in den 80er Jahren – gegen den allgemeinen Wachstumstrend – kontinuierlich abgenommen hat. Ab 1992 kommt es zur Differenzierung: Arbeitsplätze für Ungelernte werden vor allem in der Fertigung abgebaut. Die konjunkturbereinigten Verluste von 3,4 v.H. p.a. (1985 bis 1992) haben sich nach 1992 auf 5 v.H. p.a. erhöht.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Auswertungen für Berufsgruppen und für Ausbildungsgruppen zu einem gemeinsamen Ergebnis führen. Die Beschäftigtenstruktur unterliegt in den 90er Jahren einem Wandel, der dadurch gekennzeichnet ist, daß viele schlecht ausgebildete Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren und – nach einer Phase der Umstellung – durch wenige hochqualifizierte Mitarbeiter ersetzt werden. Die auf Rationalisierung ausgerichteten neuen Kostenstrategien in den Unternehmen (z. B. die Schaffung unternehmensinterner weltweiter Entwicklungsverbände) haben sich auf die Arbeitsmärkte in Deutschland negativ ausgewirkt. Dieser Prozeß hat sich in den letzten Jahren beschleunigt.

¹⁵ Vgl. von Meyer, Muheim (1996, 24), die, ähnlich wie die BfLR, zwischen „predominantly rural, intermediate and predominantly urbanised“ unterscheiden.

Was bedeuten diese Ergebnisse für die Zukunft? In den 90er Jahren wurden in der Bundesrepublik – unter dem Druck der Globalisierung – von vielen Unternehmen erfolgreich Maßnahmen zur Sicherung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit ergriffen. Es besteht die Hoffnung, daß sich die Lage auf den Arbeitsmärkten in naher Zukunft wieder entspannt. Gesicherte Erkenntnisse gibt es jedoch nicht: zum einen, weil aus der nationalen Perspektive nicht zu beurteilen ist, mit welcher Konsequenz und mit welchem Erfolg im Ausland ähnliche Unternehmensstrategien umgesetzt werden; zum anderen, weil es *ceteris paribus* unwahrscheinlich ist, daß Unternehmen ihre Kostensenkungsstrategien, die entscheidend zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen und zugleich zu einem kräftigen Gewinnwachstum geführt haben, durch Neueinstellungen konterkarieren.

6.3 Ergebnisse für Regionstypen

Der in der Regionalökonomie weit verbreiteten polarisationstheoretischen Argumentation folgend, vollziehen sich regionale Wachstumsprozesse diskontinuierlich, in Brüchen und disparitär, d. h. sektoral und regional polarisiert. Zugrunde liegt die Annahme eines Dualismus zwischen der Stadt als „sectoral-geographical cluster“ in Funktion eines Kraft- oder Wachstumszentrums und allen übrigen Gebieten (der sogenannten Peripherie), die als rückständig und als von der Stadt dominiert betrachtet werden (Friedman 1972). Gegen diesen einfachen Zusammenhang spricht u. a. die Beobachtung, daß die sogenannte „lagging countryside“ schon seit Jahren das größte Beschäftigungswachstum verzeichnet.

Davies (1993: 7) spricht in der Beobachtung aktueller räumlicher Prozesse von einer Übergangsphase: Es sei offen, zu welchen Verteilungen von (ökonomischen) Aktivitäten im Raum es letztendlich kommen werde. Angesichts der Unvereinbarkeiten zwischen Theorie und Empirie schlägt Davies (1993: 7) vor, die weiteren Untersuchungen auf vier Raumtypen zu konzentrieren: „a) urban centers with a ‚metropolitan dynamic‘, b) new industrial districts, c) declining heavy industrial regions, and d) economically lagging rural areas.“ Die beiden ersten bezeichnet Davies als aktive Bestandteile einer sich entwickelnden „mosaic structure“, die beiden anderen als Relikte des überkommenen Zentrum-Peripherie-Modells.

Die vorhandenen Daten reichen in ihrer sachlichen Gliederung mit nur wenigen Berufs- und Ausbildungsmerkmalen nicht aus, um weitergehende räumliche Untersuchungen vornehmen zu können (z. B. für Kreise oder Raumordnungsregionen). Es ist zu befürchten, daß die eigentlich bestimmenden Einflüsse und Trends – als Folge der Dateninhomogenität – unerkannt bleiben. Der schlechten Datenlage wird bei der Regionsabgrenzung durch eine Vergrößerung des räumlichen Maßstabes Rechnung getragen. Wie schon a.a.O. beschrieben, werden nicht Raumordnungsregionen, sondern Regionstypen als Untersuchungsregionen definiert¹⁵. Das Ziel ist, die wichtigen Basistrends zu identifizieren, ihre Dynamik zu analysieren und Rückschlüsse auf den Globalisierungsprozeß zu ziehen.

Im folgenden werden zur qualitativen Bestimmung des räumlichen Strukturwandels folgende Thesen überprüft:

These 1: Die Stadtregionen entwickeln ihre Stärken als Zentren für hochwertige Güter und Dienstleistungen (sowie als Kommunikations- und Innovationsstandorte) dynamisch fort.

These 2: Die hohe Wachstumsdynamik in den ländlichen Regionen beruht auf der Ausweitung des Arbeitsplatzangebots im Niedriglohnbereich.

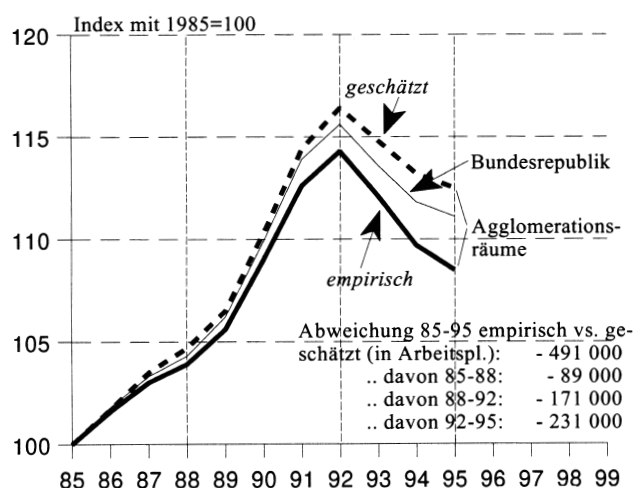
Der Untersuchungszeitraum umfaßt 10 Jahre mit 1985 als Basisjahr. Das besondere Interesse gilt wie zuvor den Strukturwandelprozessen nach 1992. Wegen der Trägheit des Strukturwandels wird für Zeitvergleiche der weiter zurückliegende Zeitraum 1985-88 ausgewählt. Die Datengrundlage bildet die nach Berufs- (6) und Ausbildungsgruppen (4) gegliederte Beschäftigungsmatrix (vgl. Schaubild 15).

Für jeden der drei Regionstypen wird nach demselben Verfahren vorgegangen. Ausgangspunkt ist die für den jeweiligen Regionstyp beobachtete empirische Beschäftigungsentwicklung. Schaubild 18 zeigt die Trendentwicklung für den Typ „Agglomerationsräume“ (fett durchgezogen). Die als „geschätzt“ bezeichnete Entwicklung beschreibt einen hypothetischen Trend (fett gestrichelt). Es wird angenommen, daß sich die Entwicklung in den verschiedenen Berufs- und Ausbildungsgruppen im Teilraum (hier: Agglomerationsräume) genauso vollzogen hätte wie im Gesamttraum Bundesrepublik. Die Abweichungen zwischen dem tatsächlichen und dem geschätzten Trendverlauf weisen auf Standortvorteile oder -defizite hin. Im Falle von Defiziten bliebe die tatsächliche Entwicklung hinter der hypothetischen Entwicklung zurück, denn Defizite sind in dieser Art der Betrachtung mit Arbeitsplatzverlusten verbunden – je nach Ausprägung können sie größer oder kleiner ausfallen. (Für Standortvorteile gilt dies *vice versa*.)

6.3.1 Regionen mit großen Verdichtungsansätzen

Das Ergebnis für die Agglomerationsräume zeigt, daß sie mit insgesamt -491.000 Arbeitsplätzen in 10 Jahren den geschätzten Erwartungswert bei weitem verfehlt haben. Die Verteilung auf die einzelnen Jahre ist allerdings ungleich: im ersten Drei-Jahreszeitraum von 1985 bis 1988 handelt es sich um lediglich 89.000 Arbeitsplätze, die „standortbedingt“ weggefallen sind, im letzten Drei-Jahreszeitraum von 1992 bis 1995 mit 231.000 Arbeitsplätzen schon um das 2,5-fache. Die in den 80er Jahren beobachtete negative Dynamik hat sich schwunghaft verstärkt¹⁶.

Schaubild 18: Beschäftigungsentwicklung im Raumtyp „Agglomerationsräume“ 1985-95: empirisch vs. geschätzt



¹⁶ Zwischen 1985 und 1995 kommt es zu einem kontinuierlichen Abwärtstrend. Die Vermutung, daß konjunkturelle Einflüsse sich auf die Ergebnisse ausgewirkt haben könnten, trifft nicht zu. Die Verluste haben bereits in der Aufschwungphase kontinuierlich zugenommen.

Schaubild 19a, b: Standortkomponentenvergleich 1985-88 und 1992-95:

a) Berufsbereiche

	1985-88	1992-95	Kommentar
Arbeitsplatzverluste	-89.000	-231.000	beschleunigte Verluste
davon in v.H.:			
Landwirtschaft	4,7	0,4	
Bergbau	0,2	-0,8	
Fertigung	-49,3	-38,3	verlangsamte Verluste
Techniker	-10,9	-10,0	
Dienstleistung	-43,6	-51,5	beschleunigte Verluste
Sonstige	-1,1	0,1	
Gesamt	-100,0	-100,0	

b) Berufsausbildungen

	1985-88	1992-95	Kommentar
Arbeitsplatzverluste	-89000	-231000	beschleunigte Verluste
davon in v.H.:			
ohne Berufsausbildung	1,3	-16,0	nach Gewinnen hohe Verluste
mit Berufsausbildung	-88,2	-71,5	verlangsamte Verluste
mit FH, HS oder Uni	-4,3	-5,2	beschleunigte Verluste
Sonstige	-8,8	-7,2	
Gesamt	-100,0	-100,0	

Die Schaubilder 19a/b geben Auskunft über die Dynamik der Strukturveränderung in den Agglomerationsräumen. Es wird nach Berufen und Ausbildungen unterschieden. Den Ausgangspunkt bilden die für die beiden Drei-Jahreszeiträume 1985-88 und 1992-95 beschriebenen Arbeitsplatzverluste (vgl. die Schaubilder 19a/b, Zeile „Arbeitsplatzverluste“). Alle in den Schaubildern 19a/b genannten Prozentanteile beziehen sich auf die dort angegebenen Werte. Ein negativer Prozentanteil zeigt Verluste an: z. B. der in Schaubild 19a (Zeile „Fertigung“, Spalte 1992-95) genannte Anteilswert von -38,3 v.H. einen Verlust von ca. 90.000 Arbeitsplätzen (0,383x231.000). Ein positiver Prozentanteil (Zeile „Landwirtschaft“) bedeutet, daß es, gegen die allgemeine Trendrichtung in der Region, zu einem Plus von Arbeitsplätzen gekommen ist. (Es handelt sich um 4.200 Arbeitsplätze (0,047x89.000) bzw. um 1.000 Arbeitsplätze (0,004x231.000), d. h. um eine unbedeutende Größenordnung.)

Die Veränderungen des qualitativen Arbeitsplatzangebotes sind im wesentlichen Ausdruck des Strukturwandels in den Berufsbereichen Fertigung und Dienstleistung. Im ersten Drei-Jahreszeitraum 1985-88 kam es zu einem starken Abbau von Fertigungsarbeitsplätzen (-49,3 v.H.) – stärker noch als

bei den Dienstleistungsberufen mit einem Minus 43,6 v.H. Dieses Verhältnis hat sich im zweiten Drei-Jahreszeitraum 1992-95 umgekehrt: Die größten Einbußen verzeichnen mit 51,5 v.H. die Dienstleistungsberufe („beschleunigte Verluste“). Die Fertigungsberufe folgen mit deutlichem Abstand (-38,3 v.H.) an zweiter Stelle („verlangsamte Verluste“). Die Ergebnisse zeigen: Im interregionalen Vergleich ist es – ungeachtet der Tatsache, daß hochwertige Arbeitsplätze vorzugsweise in Agglomerationsräumen angeboten werden – zu Qualitätseinbußen gekommen. Daß dieses Ergebnis kein „Zufall“ ist, zeigt Schaubild 19b für die Kategorie „Ausbildung“:

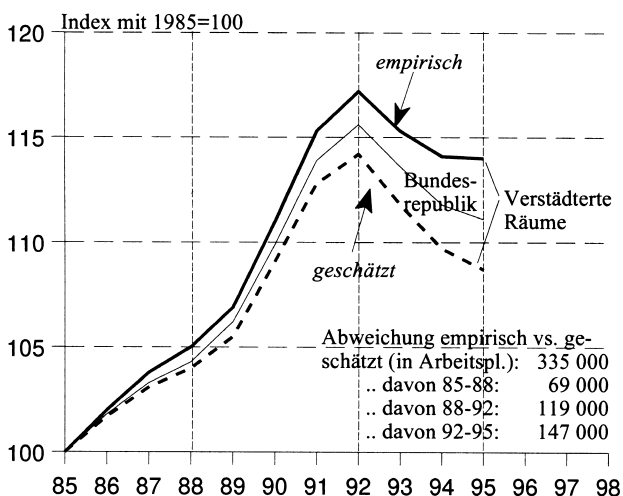
Wichtigstes Ergebnis ist, daß die Hochqualifizierten (mit FH, HS oder Uni) – anders als in These 1 in Abschnitt 6.3 postuliert wird – Beschäftigungsanteile einbüßen. Der Zeitvergleich zeigt, daß es auch in diesem Segment zu einer Beschleunigung gekommen ist („beschleunigte Verluste“). Gewinner sind die Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung („verlangsamte Verluste“). Diese Verlangsamung ist u. a. darauf zurückzuführen, daß in der Kategorie „ohne Berufsausbildung“ besonders viele Arbeitsplätze weggefallen sind. Diese Lücke wird teilweise durch Beschäftigte mit qualifiziertem Berufsabschluß geschlossen.

Zusammenfassend ist festzustellen: Für die These eines sich fortsetzenden dynamischen qualitativen Wachstums in den Agglomerationsräumen (als bestgeeignete Standorte für hochwertige Dienstleistungen und Unternehmensfunktionen) gibt es keine empirische Evidenz. Im Gegenteil: Die Agglomerationsräume sind im Wettbewerb um hochwertige Arbeitsplätze zurückgefallen. Der Bedeutungsverlust zeigt sich auf zwei Ebenen: in Form eines ständig abnehmenden Arbeitsplatzangebotes, und – mindestens ebenso wichtig – in Form von Qualitätseinbußen. Es ist anzumerken, daß die den Regionstyp Agglomerationsräume konstituierenden Einzelregionen so verschieden sind (z. B. der Agglomerationsraum München im Vergleich zum Ruhrgebiet), daß konträre Befunde bei Einzeluntersuchungen möglich und sogar wahrscheinlich sind.

6.3.2 Regionen mit Verdichtungsansätzen

Für den Regionstyp „Verstädterte Regionen“ gilt vieles des bisher Gesagten mit umgekehrtem Vorzeichen. Trotz erkennbarer wirtschaftsstruktureller Defizite ist es in den verstär-

Schaubild 20: Beschäftigungsentwicklung im Raumtyp „Verstädterte Räume“ 1985-95 : empirisch versus geschätzt



terten Regionen zu überdurchschnittlichen Beschäftigungsgewinnen gekommen. (In den Agglomerationsräumen wurde Beschäftigung – trotz vergleichsweise günstiger wirtschaftsstruktureller Voraussetzungen – abgebaut.) Es kommt zu komplementären Strukturveränderungen: Die Anteilsverluste der Agglomerationsräume korrespondieren mit Anteilsgewinnen in den verstärkerten Regionen und *vice versa*. Ob für die raumstrukturellen Veränderungen mehr Standortvorteile (Stärken) oder mehr Standortdefizite (Schwächen) ausschlaggebend gewesen sind, läßt sich mit den vorhandenen Daten nicht feststellen. Es gibt nur Vermutungen: Für eine vergleichsweise hohe Standortqualität der verstärkerten Regionen (im Sinne eines pull-Faktors) spricht, daß sich die Wettbewerbsposition auch gegenüber den ländlichen Regionen verbessert hat. Im einzelnen kommt es zu folgenden Ergebnissen:

Im Vergleich zu den Agglomerationsräumen zeigt Schaubild 20 stärkere Trendunterschiede. Der Beschäftigungsüberschuß beträgt 1995, d. h. nach 10 Jahren, ca. 335.000 Arbeitsplätze. Wie zuvor in Schaubild 18 streben beide Trends erst in den 90er Jahren auseinander. Die Zugewinne nehmen kontinuierlich zu: zwischen 1985 und 1988 handelte es sich um ca. 70.000 Arbeitsplätze, in den folgenden vier Jahren um ca.

Schaubild 21a, b: Standortkomponentenvergleich 1985-88 und 1992-95:

a) Berufsbereiche

	1985-88	1992-95	Kommentar
Arbeitsplatzgewinne	69.000	147.000	beschleunigte Zugewinne
davon in v.H.:			
Landwirtschaft	-2,4	1,1	
Bergbau	-0,1	1,0	
Fertigung	52,8	34,2	verlangsamte Zugewinne
Techniker	9,6	11,2	
Dienstleistung	38,4	52,2	beschleunigte Zugewinne
Sonstige	-1,7	0,3	
Gesamt	100,0	100,0	

b) Berufsausbildungen

	1985-88	1992-95	Kommentar
Arbeitsplatzgewinne	69.000	147.000	beschleunigte Zugewinne
davon in v.H.:			
ohne Berufsausbildung	5,5	16,4	beschleunigte Zugewinne
mit Berufsausbildung	83,4	69,8	verlangsamte Zugewinne
mit FH, HS oder Uni	3,5	6,5	beschleunigte Zugewinne
Sonstige	7,6	7,4	
Gesamt	100,0	100,0	

120.000 (auf drei Jahre umgerechnet um 90.000) und zwischen 1992 und 1995 um fast 150.000 Arbeitsplätze.

Zu einem beschleunigten Arbeitsplatzwachstum ist es in den Kategorien „Dienstleistungsberufe“ (vgl. Schaubild 21a) und „Beschäftigte mit Hochschulabschluß“ (vgl. Schaubild 21b) gekommen: Der Prozentanteil für Dienstleistungsberufe hat sich von 38,4 v.H. auf 52,2 v.H. erhöht, für die Beschäftigten mit Hochschulabschluß von 3,5 v.H. auf 6,5 v.H. Die Wachstumsdynamik zeigt sich in der Gegenüberstellung der absoluten Zahlen noch deutlicher: bei den Dienstleistungsberufen von 3,2 Mio. (1985) auf 4 Mio. Arbeitsplätze (1995), d. h. um 24,5 v.H. (Bundesrepublik: 21 v.H.), bei den Beschäftigten mit Hochschulabschluß von 225.000 (1985) auf 375.000 Arbeitsplätze (1995), d. h. um 68 v.H. (Bundesrepublik: 61 v.H.). In den Kategorien „Fertigungsberufe“ und „mit abgeschlossener Berufsausbildung“ hat die Dynamik dagegen nachgelassen: Im Ergebnis zeichnet sich eine klare Tendenz zu hochwertigeren Arbeitsplätzen ab.

Im Widerspruch zu diesem für die verstädterten Regionen positiven Fazit steht das in Schaubild 21b für das Segment „ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ dargestellte Ergebnis. Denn die für die 90er Jahre festgestellten „beschleunigten Zugewinne“ wirken nicht qualitätsverbessernd. Die Gründe dafür liegen nicht in der Region, sondern reflektieren eine Sonderentwicklung in den Agglomerationsräumen. In den 90er Jahren wurden dort besonders im Niedriglohnbereich Arbeitsplätze abgebaut. Dadurch haben sich die Beschäftigungsanteile in den beiden anderen Regionstypen „verstädtert“ und „ländlich geprägt“ erhöht.

6.3.3 Ländlich geprägte Regionen

In den ländlichen Regionen kommt es zu besonders ausgeprägten Abweichungen zwischen der empirischen und der geschätzten Trendentwicklung (vgl. Schaubild 22). Das Schätzergebnis weist auf besondere Defizite der Wirtschaftsstruktur hin: Der für 1995 geschätzte Indexwert von 108 liegt unter dem Niveau der beiden Vergleichsräume, die mit Indexwerten von 110 (verstädterte Regionen) und 115 (Agglomerationsräume) – theoretisch betrachtet – die besseren Entwicklungsaussichten hatten. Kennzeichen der nachteiligen Wirtschaftsstruktur sind hohe Beschäftigungsanteile in schrumpfenden Tätigkeits- und Berufsfeldern (z. B. Landwirtschaft, Fertigung, ohne Ausbildung). Doch, wie Schaubild 22 zeigt, verläuft die Entwicklung anders als erwartet: Die Beschäftigung nimmt um 16 v.H. zu. Das ist doppelt soviel wie geschätzt und mehr als in den verstädterten Regionen (14 v.H.) erzielt wurde (Bundesrepublik: 11 v.H.). Wie schon zuvor kommt es in beiden Drei-Jahreszeiträumen zu unterschiedlichen Entwicklungen: Die Trendabweichung im Zeitraum 1992-95 liegt mit 88.000 Arbeitsplätzen um ein Mehrfaches höher als 1985-88 mit nur 20.000 Arbeitsplätzen. Mit anderen Worten: Die Entwicklung hat sich zunehmend von den nationalen Trendvorgaben abgekoppelt. Die in Abschnitt 6.3 in These 2 formulierte Annahme, die dynamische Ausweitung des Arbeitsplatzangebots in den ländlichen Regionen beschränke sich auf den Niedriglohnbereich, wird durch die Ergebnisse in den Schaubildern 23a/b bestätigt. Ein Aufholprozeß, der den qualitativen Defiziten entgegenwirkt, zeichnet sich nicht ab. Im Gegenteil: Dienstleistungsberufe, technische Berufe bzw. für Hochqualifizierte geeignete Angebote haben sich in den 90er Jahren weniger dynamisch entwickelt als in den 80er Jahren (vgl. die Schaubilder 23a/b). Nur in den Fertigungsberufen hat die Dynamik zugenommen.

Schaubild 22: Beschäftigungsentwicklung im Raumtyp „Ländliche Räume“ 1985-95 : empirisch versus geschätzt

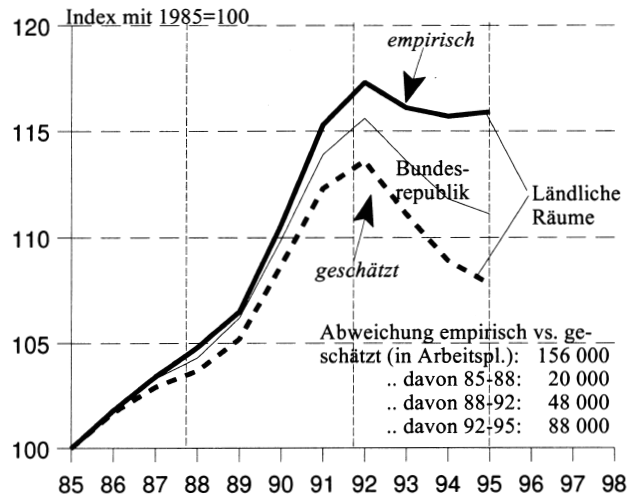


Schaubild 23a/b: Standortkomponentenvergleich 1985-88 und 1992-95:

a) Berufsbereiche

	1985-88	1992-95	Kommentar
Arbeitsplatzgewinne	20.000	88.000	beschleunigte Zugewinne
davon in v.H.:			
Landwirtschaft	-12,7	0,8	
Bergbau	-0,4	0,5	
Fertigung	37,4	43,2	beschleunigte Zugewinne
Techniker	15,6	7,4	verlangsamte Zugewinne
Dienstleistung	61,2	47,8	verlangsamte Zugewinne
Sonstige	-1,2	0,3	
Gesamt	100,0	100,0	

b) Berufsausbildungen

	1985-88	1992-95	Kommentar
Arbeitsplatzgewinne	20.000	88.000	beschleunigte Zugewinne
davon in v.H.:			
ohne Berufsausbildung	-24,7	19	nach Verlusten hohe Gewinne
mit Berufsausbildung	104,5	71,2	verlangsamte Zugewinne
mit FH, HS oder Uni	7,1	3	verlangsamte Zugewinne
Sonstige	13,1	6,8	
Gesamt	100,0	100,0	

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Ergebnisse beider Auswertungen (für Berufs- und Ausbildungsstrukturen) weitgehend zu gleichen Aussagen führen. Im einzelnen zeigt sich, daß:

– die Agglomerationsräume in erheblichem Maße Beschäftigtenanteile verlieren, dabei ihre Stärken als Standorte für hochwertige Dienstleistungen und F&E nicht ausbauen, sondern besonders im Hochqualifikationsbereich Einbußen verzeichnen;

– es in den ländlichen Regionen trotz anhaltender Beschäftigungsgewinne zu keinem Abbau von strukturellen Defiziten kommt. Beschäftigungsanteile werden vorzugsweise in der Fertigung gewonnen. Weil in diesem Segment geringe Qualifikationsanforderungen bestehen, verfestigt sich das regionale Qualitätsgefälle;

– die verstädterten Regionen doppelt profitieren: sie verzeichnen hohe Arbeitsplatzgewinne, gleichzeitig verbessert sich die regionale Wirtschaftsstruktur.

7 Resümee

„Gegenüber den tiefgreifenden ökonomischen und technischen Strukturveränderungen, die nicht in der Region „gemacht“ werden, und dennoch auf das Leben jedes einzelnen ihrer Bewohner einwirken, hat die Politik, und vor allem die lokale Politik, nur eine minimale Chance“, lautete ein Fazit einer Studie zur Stahlkrise und ihren raumstrukturellen Auswirkungen vor mehr als 15 Jahren“ (Schönebeck/Wegener/1983: 108).

Diese These hat nach den vorliegenden Erkenntnissen nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Besonders das Ruhrgebiet zeigt, daß von einem erfolgreichen Strukturwandel – trotz jahrzehntelanger Förderungsbemühungen – keine Rede sein kann. Im Ruhrgebiet werden kontinuierlich Arbeitsplätze abgebaut. Im Vergleich der 18 Agglomerationsräume belegt das Ruhrgebiet den 18. Rang (1985-90) bzw. den 16. Rang (1990-95). Das erklärte politische Ziel, Neuorientierungen durchzusetzen und eine tragfähige Wirtschaftsstruktur aufzubauen, wurde nicht erreicht.

Ein aktuelles Beispiel ist Baden-Württemberg. Das als „Musterlände“ bezeichnete Bundesland bildete in den 80er Jahren zusammen mit Bayern den erfolgreichen „Süden“. In den 90er Jahren hat sich die Beschäftigungslage verändert. Relativ betrachtet, hat Baden-Württemberg mehr Arbeitsplätze abgebaut als u. a. das strukturschwache Saarland oder das von der Werftenkrise betroffene Bundesland Hamburg. Dafür gibt es strukturelle Gründe: In den „mittleren Technologien“, zu denen u. a. der Fahrzeugbau, die Elektrotechnik und der Maschinenbau zählen, wurden bundesweit besonders stark Arbeitsplätze abgebaut. Genau sie aber bilden das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft. Im Rückblick zeigt sich, daß selbst Experten vom Ausmaß und von der Dynamik des Strukturwandels in Baden-Württemberg überrascht wurden.

Die anhaltende Strukturkrise im Ruhrgebiet und die jüngsten Erfahrungen in Baden-Württemberg zeigen beispielhaft, wie stark sich i. d. R. nicht-räumliche (hier: ökonomische) Strukturwandelprozesse auf die Regionalentwicklung auswirken. Es stellt daher die Verhältnisse auf den Kopf – in einer Zeit des verschärften Wettbewerbs um Marktanteile bei hoher Verflechtung der Teilökonomien – zu behaupten, „die Bedeutung der Region ... [habe] nicht ab-, sondern zugenommen“ (vgl.

Abschnitt 1). Für Sonderwege, die auf dem Grundgedanken der „Eigenständigkeit des Regionalen“ beruhen, besteht kaum Spielraum. Die Erfolgsaussichten sogenannter „bottom-up“-Strategien sind *eo ipso* begrenzt.

Für den Gesamttraum Bundesrepublik (alte Bundesländer) zeigen sich zwei Tendenzen:

1. Die Sektorstrukturen der Bundesländer gleichen sich an. Es handelt sich um einen Prozeß, der mehr durch das Schrumpfen als durch das Wachstum bestimmt wird. Der Abbau von Arbeitsplätzen in Krisenbranchen (z. B. Montan- und Werftenindustrie) führt in den betroffenen Regionen zur Entspezialisierung. Das Wachstum des Dienstleistungssektors verstärkt den regionalen Konvergenzprozeß zusätzlich. Standortbindungen, so wie sie früher bestanden, lösen sich tendenziell auf. Für die 90er Jahre gilt, daß die Wahlfreiheit, die überregional anbietende Unternehmen bei der Standortwahl haben, zugenommen hat.

2. Im Wettbewerb um hochwertige Arbeitsplätze zählen diejenigen Städte und Stadtregionen, die dem Regionstyp „mit Verdichtungsansätzen“ zugehörig sind, zu den Gewinnern (z. B. Ulm, Osnabrück oder Paderborn). Sie profitieren doppelt: erstens quantitativ (relative Beschäftigungsgewinne), zweitens qualitativ (steigender Anteil hochwertiger Arbeitsplätze). Diese Entwicklung vollzieht sich zum Nachteil des Regionstyps „mit großen Verdichtungsansätzen“ und insbesondere zum Nachteil der Zentren (Sub- und Disurbanisationsprozesse). Diese Entwicklung hat sich in den 90er Jahren beschleunigt.

Inwieweit besteht aus der Sicht der regionalen Strukturpolitik Handlungsbedarf? Zum einen ist die Ausgangslage günstig: Die Raum- und Siedlungsstruktur der Bundesrepublik gilt als ausgeglichen und funktional. Zum anderen zeigen die vorliegenden Ergebnisse, daß sich die vorhandenen Unterschiede (Disparitäten) zwischen den Bundesländern und den Regionstypen abschwächen. Höherwertige Arbeitsplätze stehen zunehmend ubiquitär (oder zumindest in erreichbarer Nähe) zur Verfügung. Die Ziele der Regionalpolitik (Stichwort: „Dezentrale Konzentration“) werden durch die Trendentwicklung nachhaltig unterstützt.

Für ein Land wie die Bundesrepublik ist deshalb – insbesondere mit Blick auf die Unterschiede in Europa – die Frage nach dem Sinn von Förderprogrammen zu stellen, die die „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zum Ziel haben. Denn substantielle Problemlagen sind kaum zu erkennen. Daß in den Rahmenplänen der Gemeinschaftsaufgabe trotzdem erheblicher Förderbedarf festgestellt wird, hat offenbar weniger mit den Realitäten als vielmehr mit einer weit verbreiteten Subventionsmentalität zu tun. Die Verteilung der Fördermittel läßt sich zunehmend weniger strukturpolitisch begründen. Statt dessen stehen Proporzgesichtspunkte im Vordergrund. Nur so ist nachzuvollziehen, daß im 19. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe (dem letzten vor der Wiedervereinigung) 24,7 Millionen Personen in der Bundesrepublik, d. h. 40 v.H. der Gesamtbevölkerung, als in Fördergebieten lebend deklariert wurden. Im derzeit gültigen 27. Rahmenplan (1998-2001) hat dieser Anteil zwar abgenommen, beträgt aber immer noch 20,8 v.H. (alte Bundesländer ohne West-Berlin). Der wachsende Einfluß der EU auf die regionale Strukturpolitik hat zu Anpassungen in die richtige Richtung geführt. Eine konzeptionelle Überarbeitung der regionalen Strukturpolitik steht noch aus.

Literatur

- Afheldt, H. (1994): Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder. München: Kunstmann.
- Bode, T. (1996): Der Wachstumswahn. In: Der Spiegel Nr. 40, 30.9.1996.
- Böltken, F./Janich, H. (1996): Neuabgrenzung der Raumordnungsregionen. In: BfLR-Mitteilungen und Informationen, Nr. 3, Juli 1996, S. 4-5.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) (1997): Siedlungsstrukturelle Regions- und Kreistypen 1996. Arbeitspapier der FII5-Raumbeobachtung. Bonn, Februar.
- Daniels, A. (1996): Atmende Fabriken – atemlose Belegschaften. In: Die ZEIT, 9.8.1996.
- Daimler Benz (1996): Das Geschäftsjahr 1995. Stuttgart.
- Davies, A. (1993): Local Economies and Globalisation. Arbeitspapier für die Konferenz: „Local Development and Structural Change: A New Perspective on Adjustment and Reform“ (Paris, 3.-4.5.1993).
- Einem, E. von (1997): Globalisierung der Wirtschaft. Folgerungen für Regionen. Papier für den Workshop „Globalisierung und Regionen“ der BfLR (Bonn, 10.-11.4.1997).
- Europäische Kommission (1994): Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion: Tendenzen in den Regionen. Fünfter periodischer Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft. Brüssel/Luxemburg.
- Esteban-Marquillas, I. M. (1972): A Reinterpretation of Shift-Share-Analysis. In: Regional and Urban Economics. Vol. 2, No. 3, S. 249-261.
- Friedmann, J. (1972): A General Theory of Polarized Development. In: Hansen, N. M.: Growth Centers in Regional Economic Development. New York: The Free Press, S. 82-107.
- Gotta, F. (1996): Globalisierung wird zum Sprengstoff für Sozialsysteme. In: Die WELT, 29.4.1996
- Gräber, H.; Holst, M.; Schackmann-Fallis, K.-P.; Spehl, H. (1987): Externe Kontrolle und regionale Wirtschaftspolitik (Bd. 1 u. 2). Berlin: edition sigma.
- Hamm, B. (1997): Globalisierung, Stadtentwicklung, Segregation. In: DISP 131, S. 3-13.
- Hamm, R.; Schneider, H.K. (1987): Wirtschaftliche Erneuerung im Ruhrgebiet: zum Umstrukturierungsproblem altindustrieller Ballungsräume. In: List-Forum, Heft 14, S. 169-185.
- Härtel, H.-H.; Jungnickel R. et al. (1996): Grenzüberschreitende Produktion und Strukturwandel – Globalisierung der deutschen Wirtschaft. Veröffentlichungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg, Bd. 29, Baden-Baden: Nomos.
- Heise, A. (1995): Der Standort Deutschland im globalen Wettbewerb. In: WSI Mitteilungen, 11/1995, S. 691-698.
- Heuser, U. J. (1998): Die Rückkehr des Staates. In: Die ZEIT, 5.2.1998.
- Hübner, K. (1996): Globalisierung, Hegemonie und Aufwertung des Globalen. In: Bruch, M.; Krebs, H.-P. (Hrsg.): Unternehmen Globus. Facetten nachfordristischer Regulation. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 40-58.
- Irmen, E.; Görmär, W. (1991): Neue siedlungsstrukturelle Gebietstypen für die Raumbeobachtung. In: BfLR-Mitteilungen, Nr. 4, Juli 1991, S. 1-3.
- Jensen, M.C. (1998): The Silver Lining in Downsizing. Working Paper (draft: September 29, 1998), Harvard Business School.
- Kennedy, P (1996): Globalisierung: Das Signum des 21. Jahrhunderts. In: Herbert Quandt-Stiftung (Hrsg.): Globale Wirtschaft – nationale Sozialpolitik: Wie lange geht das noch gut? Beiträge zum Sechsten Sinclair-Haus Gespräch, Bad Homburg v.d. Höhe, 4/1996, S. 10-18.
- Klemmer, P. (1973): Die Shift-Analyse als Instrument der Regionalforschung. In: Methoden der empirischen Regionalforschung (1. Teil). Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 87, Hannover: Jänicke, S. 117-130.
- Kock, K. (1997): Beschäftigungsförderung durch Strukturpolitik. Erfahrungen aus dem östlichen Ruhrgebiet. In: WSI Mitteilungen, 9/1997, S. 609-616.
- Krätke, M. R. (1997): Globalisierung und Standortkonkurrenz. In: Leviathan, Heft 2, S. 202-232.
- Kroker, R. (1995): Deutschland – Angeschlagene Standortqualität. In: WSI Mitteilungen 11/1995, S. 705-711.
- Läpple, D. (1996): Städte im Umbruch. Zu den Auswirkungen des gegenwärtigen Strukturwandels auf die städtischen Ökonomien – Das Beispiel Hamburg. In: Agglomerationsräume in Deutschland. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 199, Hannover, 191-217.
- Löffelholz, T. (1997): Zu starr für die Wende. In: Die WELT, 7.2.1997.
- Martin, H.-P.; Schumann, H. (1998): Die Globalisierungsfalle. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, (17. Auflage).
- McKinsey Global Institute (1977): Removing Barriers to Growth and Employment in France and Germany. Frankfurt/Paris/Washington.
- Müller, J. (1983): Sektorale Struktur und Entwicklung der industriellen Beschäftigung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung, Bd. 12: Duncker & Humblot.
- NGO Press Release (1998): Over 600 International Organizations Opposing the Multilateral Agreement on Investment (MAI). Update 11. February.
- NIW / DIW / ISI / ZEW (1996): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Aktualisierung und Erweiterung 1996. Zusammenfassender Endbericht an das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Bonn.
- Noé, C.: Globalisierung (1996): Der Staat darf nicht abdanken. In: Die ZEIT, 15.11.1996.
- Nunnenkamp, P. (1996): Die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb – Standortschwächen und wirtschaftliche Herausforderungen. In: Konjunkturpolitik, Heft 4, S. 244-274.
- Meyer, H. von; Muheim, P. (1997): Employment is a Territorial Issue. In: OECD Observer, No. 203, Dec. 1996/Jan. 1997, S. 22-26.
- OECD (1994): The OECD Jobs Study. Facts, Analysis, Strategies.
- OECD (1996): The OECD Jobs Study. Pushing Ahead with Strategy.
- OECD (1997): Multilateral Agreement on Investment. Report by the MAI Negotiating Group. May 1997.
- Pierer, H. von (1996): Global player sind Aushängeschilder für den Standort. In: Handelsblatt, Artikelserie: Kurs 2010.
- PROGNOS (1996): Chancen und Risiken am Standort Deutschland. Basel.
- Rifkin, J. (1997): Das Informationszeitalter rottet die Arbeit aus. In: Die ZEIT, 2.5.1997.
- Schmid, C. (1996): Urbane Region und Territorialverhältnis – Zur Regulation des Urbanisierungsprozesses. In: Bruch, M.; Krebs, H.-P. (Hrsg.): Unternehmen Globus. Facetten nachfordristischer Regulation. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 224-253.
- Schönebeck, C.; Wegener, M. (1998): Wirtschaftsentwicklung und Raumstruktur – Gesamtäumliche und kleinräumige Auswirkungen der Stahlkrise im Raum Dortmund. In: Gryczan, W. et al. (Hrsg.): Zukünfte für alte Stadtregionen. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 38, Dortmund, S. 92-109 (Reprinted in: Wegener, M.: Erkundungen zukünftiger Raumstrukturen. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 84, Dortmund, S. 48-67.)

- Schönebeck, C. (1996): Wirtschaftsstruktur und Regionalentwicklung. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 75, Dortmund.
- Schwelin M. (1997): Der neue Triumphalismus. In: Die ZEIT, 26.6.1997.
- Seitz, H. (1995): Konvergenz: Theoretische Aspekte und empirische Befunde für westdeutsche Regionen. In: Konjunkturpolitik, Heft 2, S. 168-198.
- Siebert, H. (1996): Deutschland muß sich dem Standortwettbewerb stellen. In: Handelsblatt, Artikelserie: Kurs 2010.
- Sommer, T. (1997): Globalisierung, nein danke - ab ins trotzige Idyll. In: Die ZEIT, 3.1.1997.
- Spiegel (1995): Countdown für Deutschland. 18.12.1995.
- Spiegel (1996): Globalisierung – der weltweite Wettstreit um Jobs und Löhne. Nr. 39, 23.9.1996.
- Spiegel (1997): Siemens: „Sind wir schnell genug?“, Nr. 7, 10.2.1997.
- Tengler, H. (1989): Die Shift-Analyse als Instrument der Regionalforschung. Schriften zur Mittelstandsforschung, Nr. 28, Stuttgart: Poeschel.
- UNCTAD (1997): World Investment Report. Transnational Corporations, Market Structure and Competition Policy. United Nations, New York/Geneva.
- von Weizsäcker, E. U. (1997): Bedroht der Kapitalismus die offene Gesellschaft? Carl Christian von Weizsäcker antwortet George Soros. In: Die ZEIT, 31.1.1997.
- Zank, W. (1997): Dänemark: Das Jobwunder im Norden. In: Die ZEIT, 21.2.1997.

Anhang: Sektorgliederung (BfLR-Systematik)

Nr.	Wirtschaftsabteilung/Sektor	Wirtschafts-systematik	BFLR-Va-riable (1)	Bezeichnung der Unterab-teilungen (Zweisteller)
Land- und Forstwirtschaft				
1	Land- und Forstwirtschaft	00-03	v12	Landwirtschaft, Tierhaltung, Garten- u. Weinbau, Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht
Energie und Bergbau				
2	Energie und Bergbau	04-08	v13	Wasser-, Gas-, Elektrizitätsversorgung, Stein-, Braunkohlen, Erzbergbau, Erdöl-, Erdgasgewinnung
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)				
3	Chemie, Mineralöl	09-11	v15	Chemische Industrie, Chemiefaserherstellung, Mineralölverarbeitung
4	Kunststoff, Gummi, Asbest	12-13	v14-v15	Kunststoff-, Gummi-, Asbestverarbeitung
5	Steine und Erden	14-16	v16	Gew. u. Verarbeit. v. Natursteinen, Fein-keramik, Hst. u. Verarbeit. v. Glas
6	Eisen-, Stahlerzeugung und -bearbeitung	17-22	v17	Eisen- u. Stahlerzeugung, NE-Metallhütten, Gießerei, Zieherei u. Kaltwalzwerke, Stahl- verform., -härtung, Schlosserei, Schweißerei
7	Stahlbau, Schiffbau, Luftfahrzeugbau	23-25, 27, 31-32	v18-v19-v20	Stahl-, Leichtmetall-, Behälter-, Wagenbau, Mont./Rep. v. Lüftungsanlagen, Zahnradher- stellung, Schiffs-, Luftfahrzeugbau
8	Maschinenbau	26	v19	Maschinenbau
9	Fahrzeugbau	28-30	v20	Hst./Rep. v. Kraftfahrzeugen, Krafträdern
10	EDV-Anlagen, Büromaschinen	33	v21-v22-v23-v24	Hst./Rep. v. Hst./Rep. v. EDV-Anlagen, Büromasch.
11	Elektrotechnik	34	v22	Elektrotechnik
12	Feinmechanik, Optik	35-36	v23	Feinmechanik u. Optik, Hst./Rep. v. Uhren
13	Spielwaren, Schmuck	37-39	v24	Hst. v. EBM-Waren, Musikinstrumenten, Schmuck- waren
14	Holz und Papier	40-44	v25	Sägewerke, Hst./Rep. v. Holzmöbeln, Sonstige Holzbe- u. verarbeitung, Papiererzeugung u. -verarbeitung, Druckerei u. Vervielfältigung
15	Leder und Textilien	45-53	v26	Ledererzeugung u. -verarbeitung, Hst./Rep. v. Schuhen, Woll-, Baumwoll-, Seiden-, Leinen-, Hanfverarbeitung, Sonst. Textilgewerbe, Be- kleidungsgewerbe, Nähereien
16	Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	54-58	v27	Nahrungsmittel-, Süßwarenherstellung, Schlachthäuser, Fleischverarbeitung, Getränke- herstellung, Tabakverarbeitung
Baugewerbe				
17	Baugewerbe	59-61	v28+v29	Bauhauptgewerbe, Zimmerei, Dachdeckerei, Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe
Handel				
18	Groß-, Einzel- und Versandhandel	62	v30	Groß-, Einzel- u. Versandhandel
Verkehr und Nachrichten				
19	Eisenbahnen, Deutsche Bundespost	63-64	v31	Eisenbahnen, Deutsche Bundespost
20	Verkehr und Transport	65-68	v32	Straßenverkehr, Schifffahrt, Häfen, Speditionen, Lagerei, Luftfahrt
Kredit und Versicherung				
21	Banken und Versicherungen	69	v33	Kredit- u. Versicherungsgewerbe
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				
22	Gaststätten, Heime	70-71	v34	Hotels, Gasthöfe, Altersheime
23	Wäschereien, Friseure	72-73	v35	Wäscherei, Reinigung, Friseur- u. Körper- pflegegewerbe
24	Hochschulen	74	v36	Hochschulen, Schulen
25	Sonstige Bildungseinrichtungen	75-77	v37	Bildungsstätten, Sport, Kunst, Bildung, Theater, Fernsehen, Verlags-, Pressewesen
26	Gesundheitswesen	78	v38	Gesundheits-, Veterinärwesen
27	Rechtsberatung	79	v39	Rechts-, Wirtschaftsberatung
28	Architekturbüros	80	v40	Architektur-, Ingenieurbüros
29	Sonstige Dienstleistungen	81-86	v41	Vermögensverwaltung, Wirtschaftswerbung, Aus- stellungen, Fotografisches Gewerbe, Hygien. Einrichtungen, Versteigerungsgewerbe, Leasing, sonstige Dienstleistungen
Organisationen o. Erwerbscharakter, priv. Haushalte				
30	Organisationen ohne Erwerbscharakter	87-89	v42	Organisationen des Wirtschaftslebens, Politische Parteien, Kirchen u. weltanschau- liche Vereinigungen
31	Private Haushalte	90	v43	Private Haushalte
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung				
32	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	91-94	v44	Allgemeine öffentl. Verwaltung, Verteidigung, Öffentliche Sicherheit, Sozialversicherung, Vertretung fremder Staaten

(1) Variablenbezeichnung für den Zeitraum 1982 bis 1989. Ab 1990 hat sich die Numerierung geändert.

Quelle: Schönebeck (1996, 76)